

Stenographisches Protokoll.

15. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

III. Gesetzgebungsperiode.

Freitag, 21. Oktober 1927.

Inhalt.

Regierungsvorlage: XX. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (B. 74) (413) — Ausschluß für soziale Verwaltung (439).

Verhandlung: Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (B. 10), betr. die Dritte Zolltarifnovelle (B. 71) — Fortsetzung der Generaldebatte — Pistor (413), Bundesminister Thaler (421), Klimberger (423), Dr. Weidenhoffer (430), Abram (435), Berichterstatter Heisl (438), Kunzschaf (438) — Spezialdebatte über die I. Gruppe — Berichterstatter Heisl (438).

Eingebracht wurde:

Antrag: Jarboch, betr. die Errichtung einer Weibschule im Waldbiertel (101/A).

Präsident **Millas** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. vorm. und erklärt das Protokoll über die Sitzung vom 19. Oktober als genehmigt.

Eingelangt ist eine Regierungsvorlage, betr. Abänderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (XX. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz) (B. 74).

Es wird zur I. D. übergegangen. Der erste Punkt der I. D. ist die Fortsetzung der Generaldebatte über den Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (B. 10), betr. die Dritte Zolltarifnovelle (B. 71).

Pistor: Hohes Haus! Die gegenwärtige Zolltarifnovelle ist aus der Not unserer Landwirtschaft geboren. Wenn bei dieser Novelle auch die Vertreter der Städte für eine Erhöhung der Zölle für landwirtschaftliche Produkte stimmen, so ist dies ein Zeichen, daß die Agrarkrise, die durch den mangelhaften Schutz unserer Landwirtschaft eingetreten ist, auch eine Krise unserer Volkswirtschaft nach sich gezogen hat, daß unsere Volkswirtschaft so schweren Schaden gelitten hat, daß man eben darangehen muß, sie zu schützen.

Der Landbund muß sich freuen, daß in dieser Zolltarifnovelle ein großer Teil jener Vorschläge, die er bereits im Jahre 1924 in diesem Hause erstattet hat, nunmehr zur Verwirklichung kommt. Schon vor Jahren hat der Landbund vorausgesagt, daß, wenn wir unsere Landwirtschaft nicht genügend schützen, sie in ihrer Existenz auf das schwerste erschüttert werden wird. Leider hat der Landbund bisher nicht jenes Gehör gefunden, das notwendig gewesen wäre, um die Schwächung, die Krise in

unserer Landwirtschaft zu bannen. Jetzt erst, nachdem die Übelstände, die er schon vor Jahren vorausgesagt hat, in so hohem Maße eingetreten sind, hat sich die Mehrheit des Hauses entschlossen, die von ihm schon lange verlangten Maßnahmen tatsächlich durchzuführen. Hätte man unsere Ratschläge schon früher beherzigt und befolgt, dann wäre die Krise niemals so bössartig geworden. Allerdings gebe ich zu, daß die Agrarkrise in Österreich keine spezifisch österreichische Erscheinung ist. Die Weltwirtschaftskonferenz hat festgestellt, daß die Agrarkrise heute eine allgemeine ist, daß sie hauptsächlich durch die starke Disparität zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen und jenen der industriellen Produkte hervorgerufen wird. Die Disparität der Preise ist stark zuungunsten der Landwirtschaft. Früher, in der Vorkriegszeit, war es genau umgekehrt. Dadurch, daß in der Vorkriegszeit der Index der Lebensmittel ein höherer war als der Index der Industrieprodukte, waren die Landwirte für industrielle Produkte kaufkräftig. Sie waren damals der beste Abnehmer der Industrie, und die Industrie der damaligen Zeit wieder konnte durch die großen technischen Fortschritte, die damals in der Industrie zu verzeichnen waren, die höheren Lebensmittelpreise durch billigere Produktionsmethoden wettmachen. Die Steigerung der Kaufkraft, wie sie in der Vorkriegszeit vorhanden war, ergibt sich aus folgendem: Für dieselbe Menge Korn, für die man im Jahre 1871 9 Kilogramm Kunstdünger erhalten hat, bekam man im Jahre 1903 13 Kilogramm und im Jahre 1912 27 Kilogramm. Wenn der Landwirt im Jahre 1876 für einen starken Sackpflug aus Leipzig 8'5 Meterzentner Gerste benötigte, so brauchte er im Jahre 1912 nur mehr 2'3 Meterzentner. Durch die Folgen des Weltkrieges hat sich der Index umgedreht. Die Preisschere hat sich zuungunsten der Landwirte entwickelt und speziell jene Länder, die einen starken Währungsverfall hatten, haben unter der Preisschere zuungunsten der Landwirtschaft mehr zu leiden als jene Länder, wo der Währungsverfall nur minimal oder gar nicht stattgefunden hat, wie zum Beispiel in Amerika, England und Schweden. Am stärksten wirkt sich die Preisschere zuungunsten der Landwirtschaft im kommunistischen Rußland aus. In Rußland waren die Preise der landwirtschaftlichen Produkte im Jahre 1923 um 45 bis 50 Prozent geringer als im Jahre 1913, die Preise der

landwirtschaftlichen Geräte waren aber im Jahre 1923 um 180 bis 200 Prozent höher als im Jahre 1913. Schuld an dieser ungünstigen Preisgestaltung sind in Rußland vor allem die Drosselung der industriellen Produktion, die Sozialisierungsmethoden und die Kredituntergrabung. Wir sehen hieraus, daß bei den Sozialisierungsmethoden in einem Staate die Landwirtschaft die stärksten Opfer bringen muß.

Wenn wir uns fragen, was ist denn an der Disparität der Preise der Landwirtschaft und Industrie hauptsächlich schuld, so müssen wir sagen, vor allem ist die Differenz zwischen den Preisen, die die Konsumenten bezahlen müssen, und jenen Preisen, die der Produzent für ein Produkt erhält, in der Nachkriegszeit eine außergewöhnlich große gegenüber der Vorkriegszeit. Weiterhin hat in der Nachkriegszeit eine höhere Besteuerung des Konsums stattgefunden, und endlich sind die Industriezölle verhältnismäßig größer als die landwirtschaftlichen Zölle. Daß in Österreich die Agrarkrise aber ganz besonders stark aufgetreten ist, hat seine Ursache darin, daß man in diesem Staate die Förderung der Landwirtschaft gänzlich vernachlässigt hat. Man hat, was die Förderung des Schulwesens anbelangt, die notwendig ist, um unsere Landwirte auf ein höheres Niveau zu bringen, damit sie gegenüber dem Auslande konkurrenzfähiger werden, viel zu wenig getan, das Genossenschaftswesen wurde zu wenig gefördert, das Kreditwesen liegt ganz im argen. Wenn wir uns vor Augen halten, daß Industrie, Handel und Gewerbe direkt bei unserer Notenbank, der Nationalbank, Kredite erhalten können, und die Landwirtschaft, der wichtigste Zweig unserer Produktion unmöglich diese direkte Hilfe in Anspruch nehmen kann, dann müssen wir wohl konstatieren, daß die Landwirtschaft hier stark vernachlässigt wird. Aber auch in bezug auf Schutzzölle wurde bisher zu wenig getan. Man hat unsere Landwirtschaft der Konkurrenz des Auslandes preisgegeben. Wenn ich „Schutzzölle“ sage, so glaube ich, daß es wohl nicht viel Länder geben wird, die berechtigter nach Schutzzöllen für ihre Landwirtschaft rufen, als gerade Österreich. Bedenken Sie doch nur die Verschiedenheit der Böden! Nehmen Sie die schweren Böden der Bacska, des Banats, der ungarischen Tiefebene, bedenken Sie, daß auf diesen schweren, ebenen Böden der Dampfpflug zehn bis zwölf Furchen auf einmal ziehen kann, und nehmen Sie dann die mageren Böden unserer Alpen, wo oft nicht einmal das Ochsengespann den Pflug ziehen kann, sondern wo der Landwirt in harter Selbstarbeit dem Boden die Kulturgüter erst abringen muß! Bedenken Sie aber auch die sozialen Verhältnisse! Nehmen Sie einen galizianischen Schweinehirten und einen Rinderhirten in Galizien, seine Bedürfnislosigkeit, die soziale Rückständigkeit in diesem Lande! Von uns fordern Sie, daß wir unseren Landarbeitern eine

größere soziale Fürsorge angeeignet lassen. Ja, aber Sie können doch nicht verlangen, daß wir eine große soziale Fürsorge betreiben, wenn Sie uns dieselben Preise für unsere Produkte zahlen wollen, wie man sie in jenen Ländern bezahlt, die überhaupt noch keine soziale Fürsorge besitzen. Wo sollen wir denn das Geld hernehmen, um diese soziale Fürsorge zu bezahlen?

Bei uns ist die Einstellung bezüglich der Wirtschaftspolitik bisher eine falsche gewesen. Wir haben unser ganzes Um und Auf auf den Export der Industrie gegründet; wir haben geglaubt, daß wir in Österreich instande sind, unsere Industrie so exportfähig zu machen, daß damit die Einfuhr sämtlicher Lebensmittel ausgeglichen werden kann, und daß es daher gar nicht wichtig ist, wieviel und was für Lebensmittel wir im Lande produzieren. Was ist die Folge davon gewesen? Das Ausland, insbesondere die Nachbarstaaten, sind hergegangen und haben sich eigene Industrien gegründet. Sie haben diese Industrien durch hohe Zölle geschützt, wir aber haben unsere Landwirtschaft der ausländischen Konkurrenz freigegeben. Unser Export wurde täglich mehr eingeschränkt, weil unsere Industrie infolge der hohen Schutzzölle in den Nachbarstaaten nicht mehr lieferungsfähig war. Wir waren aber bezüglich der Agrarprodukte außerordentlich nobel und haben einen ausgesprochenen Freihandel getrieben. Es hat sich dieses System bitter gerächt. Nicht nur, meine sehr Verehrten, daß die Landwirtschaft beinahe gänzlich zugrunde gegangen ist — auch die Volkswirtschaft hat aufs schwerste gelitten. Denn es wurde nicht nur infolge der hohen Schutzzölle des Auslandes die Abnahme unserer industriellen Ausfuhr fühlbar, sondern es wurde gleichzeitig auch der Inlandmarkt der Industrie weggenommen; unsere Industrie hat im Inlande keinen Absatz mehr, weil der Landwirt, der ihr Abnehmer sein soll, keine Kaufkraft mehr besitzt, weil er zugrunde gerichtet worden ist. Es ist eben unmöglich, daß wir, ein so kleiner, schwacher Staat, Freihandel betreiben, während ganz Europa Schutzollpolitik betreibt. Da müssen wir nachgeben und uns an die anderen Länder anpassen — ganz abgesehen davon, daß wir ja noch darüber sprechen wollen, ob denn überhaupt der Freihandel für unser Land erwünscht sein kann.

Was war die Folge dieser verfehlten Wirtschaftspolitik? Die Folge war, daß unsere Produktion — einerseits die industrielle, andererseits die landwirtschaftliche Produktion — ständig zurückgegangen ist. Die großen Bedürfnisse des Staates sind aber weiter aufrechtgeblieben. Die Folge war eine passive Handelsbilanz, die weitere Folge eine passive Zahlungsbilanz, und infolge dieser Umstände wieder kam es zu einer ungeheuer übermäßigen Besteuerung unseres Volkes.

Die Folge dieser übermäßigen Besteuerung ist wieder die Selbstaufzehrung unserer Güter, unseres Nationalvermögens.

Ich habe mir die Vergleichsziffern der Ein- und Ausfuhr, des Passivums sowie der Kopfquoten zwischen Österreich und anderen Staaten zusammengestellt. Die Durchschnittsziffern der 4 letzten Jahre ergeben für Österreich eine Einfuhr von 2940 Millionen Schilling, das ist pro Kopf 452 S, eine Ausfuhr von 1797 Millionen Schilling, das ist pro Kopf 246 S. Das ergibt ein Passivum pro Kopf der Bevölkerung von 176 S jährlich. Deutschland hat ein Durchschnittspassivum von 20 Mark oder 34 S pro Kopf, Ungarn von 13 Mark oder 22 S, Großbritannien von 283 S, die Schweiz von 174 S; die Tschechoslowakei, Frankreich und Jugoslawien sind aktiv. Norwegen und die Niederlande weisen ähnliche Zahlen auf wie Österreich.

Wenn wir von England und Holland, diesen großen Handelsstaaten, absehen, wobei wir insbesondere nicht vergessen dürfen, daß zum Beispiel Holland am Weltverkehrsverkehr mit einer dreimal so großen Summe beteiligt ist als Österreich, so gelangen wir dazu, daß Österreich von allen europäischen Staaten das größte Handelspassivum pro Kopf hat.

Es erscheint mir aber nicht die Kopfquote des Handelspassivums als das wichtigste, viel wichtiger erscheint mir das Verhältnis. Es ist etwas anderes, ob bei einer Einfuhr von 800 S oder bei einer Einfuhr von 400 S das Passivum 176 S beträgt.

Wenn wir nun nachsehen, wie sich das Verhältnis des Passivums prozentuell auf den Kopf der Bevölkerung aufteilt, so sehen wir, daß Österreich mit 60 Prozent Ausfuhr zur Einfuhr steht, die Schweiz mit 79 Prozent, Großbritannien mit 73 Prozent, Holland mit 71 Prozent und Norwegen mit 69 Prozent. Sie sehen also, daß das Verhältnis bei Österreich von allen Staaten am ungünstigsten ist.

Wenn wir aber erst die Steuerlast betrachten, die der Österreicher im Verhältnis zu seinem Einkommen zu tragen hat, so kommen wir zu furchtbaren Ziffern. Im Verhältnis zum Einkommen hat der Österreicher 34 Prozent Steuerlast pro Kopf — im Jahre 1914 waren es in Deutsch-Österreich nur 26 Prozent, in Alt-Österreich 27 Prozent —, in Deutschland sind es 16 Prozent, in der Tschechoslowakei 24 Prozent. Es ergibt sich daraus, daß in Österreich die Steuerlast im Verhältnis zum Einkommen die größte unter allen Staaten ist. Wenn wir sehen, daß in Alt-Österreich die Steuerbelastung 26 Prozent betrug, in Neu-Österreich aber 34 Prozent ausmacht, dann ist es klar, warum wir im heutigen Österreich um so vieles schwerer leben. Die öffentlichen Ausgaben sind eben weiterhin groß geblieben, die Einkommen sind klein, sie reichen auch für den verminderten Lebensstandard nicht mehr aus und die Selbstauf-

zehrung unserer Güter muß immer weitere Fortschritte machen.

Eine Besserung unserer Volkswirtschaft ist daher nur möglich, wenn eine Erhöhung der Produktion eintritt. Da müssen wir uns fragen, ist es möglich, daß die Produktion dadurch erhöht wird, daß wir den Industrieexport fördern? Ich glaube, daß dies bei der derzeitigen Lage Europas, bei den hohen Schutzzöllen, mit denen sich die Staaten Europas umgeben haben, nicht mehr möglich ist. Eine Steigerung der industriellen Produktion für den Inlandmarkt ist auch solange nicht möglich, solange der Binnenmarkt nicht kaufkräftiger gemacht wird. Infolgedessen gibt es nur eine Möglichkeit, unsere Verhältnisse zu bessern, das ist die Produktion der Landwirtschaft zu erhöhen, um einerseits weniger Lebensmittel einführen zu müssen und andererseits unserer Industrie eine größere Beschäftigung zu geben. Der Schutz unserer Landwirtschaft ist daher eine Notwendigkeit. Wie notwendig er ist und wie sich die Preisschere ausgewirkt hat, will ich Ihnen durch einige Ziffern beweisen. Es wurde uns in der Debatte im Ausschuß und auch in der Generaldebatte hier des öfteren vorgeworfen, was wir denn eigentlich wollen, unsere Produkte seien ja bereits valorisiert, warum wir also noch einen Schutz verlangen, wenn wir schon die Valorisierung erreicht haben. Ich frage aber: Was haben wir von der Valorisierung unserer Produkte, wenn wir jene Gegenstände, die wir für den Betriebsaufwand notwendig haben, übervalorisiert bezahlen müssen? Wenn die Gegenstände, die wir einkaufen müssen, im Preise ebenso valorisiert wären, wie unsere Produkte, dann würden wir keinen weiteren Schutz verlangen. Aber schauen sie sich einmal die Ziffern an.

Für Weizen war in der Vorkriegszeit der Durchschnittspreis 23·77 K, jetzt beträgt er 40·34, also ein Plus von 21·8 Prozent, bei Rindfleisch ergibt sich ein Plus von 11·9 Prozent, bei Schweinefleisch — eine arg umkämpfte Position — ein Plus von 22·2 Prozent, bei Kartoffeln ein Überpreis von 11·8 Prozent, bei Milch von 26·7 Prozent. Jetzt schauen sie sich aber den Betriebsaufwand an! Die Schuldzinsen machten im Jahre 1913 4½ bis 5½ Prozent aus, jetzt 7½ bis 14 Prozent. Die Baukosten einer Scheune betrugen im Jahre 1913 pro Kubikmeter 8 K, heute 13 K ist gleich 18 S. Der Preis eines Anzuges betrug in Friedenszeiten 45 K, jetzt beträgt er 135 S, also eine Steigerung von 108 Prozent. Bei Schuhen ergibt sich eine Steigerung von 200 bis 250 Prozent, lediglich beim Pflug ist eine Steigerung von nur etwas über 6 Prozent. Während wir also bei den landwirtschaftlichen Produkten eine Preissteigerung im Durchschnitt von 15 bis 20 Prozent haben, haben wir bei den Gegenständen unseres Betriebsaufwandes eine Steigerung von 60 bis 80 Prozent.

Daraus ergeben sich auch die großen Differenzen zwischen den Gesteungskosten und den Preisen, die wir erzielen, wenn wir das Zinsenerfordernis für das Eigenkapital mit $6\frac{1}{2}$ Prozent annehmen. Die Gesteungskosten für Weizen waren im Jahre 1926 47 K, der Durchschnittspreis, den wir erzielen, war 40 K; bei Roggen betrugen die Gesteungskosten 40 K, der erzielte Preis war 27 K und so ähnlich ist es bei Gerste und Hafer. Lediglich bei der Milch ist das Verhältnis etwas günstiger. Dann haben wir lediglich bei der Milch eine Kapitalverzinzung, von 3 Prozent. Aus alledem ergibt sich für die Landwirtschaften eine allgemeine Rentabilität von nur 1 bis 3 Prozent. Aus dieser Differenz zwischen den Gesteungskosten und den erzielten Preisen ergibt sich aber weiter, daß der Betriebsaufwand, der im Jahre 1913 75 bis 80 Prozent des Reinertrages betrug, jetzt bis zu 95 Prozent des Reinertrages gestiegen ist.

Wohin das führt, ergeben folgende katastrophale Ziffern: Ich habe mir in der letzten Zeit von den verschiedensten Bezirksgerichten Steiermarks Daten darüber geben lassen, wie die Zahl der Exekutionen in Friedenszeiten, wie sie in der Nachkriegszeit war und wie sie jetzt ist. Ich will Ihnen hier einen Bezirk nennen, der nicht am schlechtesten abschneidet, sondern der den Durchschnitt ergibt; das ist der Bezirk Leibnitz. Wir haben im Bezirk Leibnitz im Jahre 1912 933 Exekutionen gehabt, im Jahre 1913 1200 Exekutionen; im Jahre 1922 — Nachkriegszeit — waren es 411, im Jahre 1923 schon 893 und im Jahre 1925 schon 1354 Exekutionen, also um 154 mehr als im Jahre 1913. Im Jahre 1926 hatten wir schon 1933 Exekutionen, das ist um 70 Prozent mehr als in Friedenszeiten, und im ersten Halbjahr 1927 1194 Exekutionen, das ist um 100 Prozent mehr als im Jahre 1913. Eine beredtere Sprache als diese Ziffern gibt es meiner Ansicht nach nicht mehr. Es ist bei uns so weit gekommen, daß der im eigenen Betriebe arbeitende Landwirt der am schlechtesten entlohnte Arbeiter der gesamten Volkswirtschaft ist. Es ist also höchste Zeit, einen Schutz für unsere Landwirtschaft zu schaffen.

Es wird uns vorgeworfen, daß wir kein Ziel kennen, daß wir Hochschutzzölle verlangen. Es hat gestern bereits der Herr Abg. Jarboch verschiedene Ziffern über die anderen Staaten gebracht, aber ich möchte mich hier doch noch mit einer Äußerung der Frau Abg. Freundlich befassen, die gestern gemeint hat, daß wir in Österreich im Durchschnitt einen höheren Zollschutz haben als die Schweiz. Sie hat dabei Ziffern zugrunde gelegt, die sämtliche Warengattungen umfassen. Wenn wir aber nur jene Ziffern nehmen, die sich auf die Lebensmittel beziehen, kommen wir darauf, daß die Schweiz einen höheren Zollschutz hat als Österreich. Die Durch-

schnittsziffer der Lebensmittelzölle in der Schweiz beträgt 17 Prozent gegenüber 16,6 Prozent in Österreich. Wenn weiters die Frau Abg. Freundlich angeführt hat, daß Dänemark nur 13,2 Prozent hat gegenüber 19,2 Prozent in Österreich, so ist auch hier der Durchschnitt aller Waren genommen, während wir bei Betrachtung des Durchschnittes bei den Lebensmitteln dazu kommen, daß Dänemark 21,4 Prozent und Österreich 16,6 Prozent hat. Die Schweiz und Dänemark haben also, was die Lebensmittel anbelangt, bedeutend höhere Durchschnittszölle als wir. Das ist ein Beweis dafür, daß die Landwirtschaft bei uns nicht so geschützt ist, wie die Industrie; denn wenn man die Industriezölle dazu nimmt, kommt man eben zu einer niedrigeren Durchschnittsziffer.

Es ist merkwürdig: Wenn wir einen Schutz für unsere Landwirtschaft, den wichtigsten Zweig unserer Volkswirtschaft, verlangen, dann wird uns in der Stadt immer vorgerechnet, was das für eine Belastung für die Industrie bedeutet, und es wurde uns schon einigemal vorgeworfen, daß wir sagen, es handle sich ja nur um 2 oder 3 g pro Tag, daß wir über eine solche Belastung so leichtfertig hinweggehen, also für die schwere Lage der städtischen Konsumenten gar kein Verständnis besitzen. Warum aber, meine sehr Verehrten, rechnen Sie Ihren Konsumenten nicht vor, daß auch jeder Konsument einen höheren Brotpreis zahlen muß, wenn die Arbeiter der Brotfabriken einen höheren Lohn bekommen? Ich gönne den Arbeitern der Brotfabriken den höheren Lohn, aber wenn Sie diese Erhöhung den Konsumenten nicht vorrechnen, so brauchen Sie das ebensowenig bei uns zu tun.

Und ich erinnere Sie noch an etwas anderes. Die Erhöhung der Tramwaykarte in Wien macht nicht 2 g pro Tag, sondern durchschnittlich 8 g pro Tag aus. Ich habe nicht gefunden, daß Sie Versammlungen einberufen haben, um die Wiener Bevölkerung aufzuklären, daß die neue Belastung für sie eine unerträgliche geworden ist. (Frau Proft: Das stimmt ja nicht!) Ich habe nicht gehört, daß Sie hier im Hause gegen die Gemeinde Wien vorgegangen sind, weil sie die Konsumenten in dieser Beziehung stärker belastet hat. (Frau Proft: Die Arbeiter haben Wochenkarten!) Auch da macht es 3 g und noch mehr per Tag aus, auch hier ist die Belastung größer als die durch uns hervorgerufene Belastung. Ich sage ja nichts, ich bin über die Wiener Verhältnisse nicht informiert, wahrscheinlich wird die Erhöhung notwendig sein, ich will das zugeben, aber dem Konsumenten wird es doch egal sein, ob er mehr Geld ausgeben muß, weil das Lebensmittel teurer geworden ist oder weil die Tramway teurer geworden ist. Aber bei uns wird eine große Sache daraus gemacht, um der Demagogie freien Lauf lassen zu können.

Man sagt, daß die Zölle überhaupt nicht notwendig sind, daß wir keine Zölle brauchen. Ein großer Teil der Sozialdemokratie ist Anhänger des Freihandels. Sie wollen uns eventuell ein Getreidemonopol zugestehen. Wir werden ja noch Gelegenheit haben, über das Getreidemonopol in der Spezialdebatte zu sprechen. Aber auch sonst sind Sie gegen die Zölle. Sie sagen, die Zölle verteuern die Bedingungen des Lebens. Sie sagen, der wirtschaftliche Fortschritt wird dadurch gehemmt, daß jedes Produkt durch den Zoll teurer wird, der Aufwand steigt. Sie stehen also auf dem Standpunkte, daß jeder ohne Rücksicht auf den anderen zu trachten hat, seinen Aufwand möglichst billig zu decken. Daraus geht hervor: wenn das Gefrierfleisch billiger ist, muß es gekauft werden, und das inländische Fleisch braucht nicht gekauft zu werden, wenn es teurer ist.

Sie stehen dann natürlich auch auf dem Standpunkte, daß man nur jene Produktion zu betreiben hat, die den größten Erfolg, den größten Gewinn erzielt. Das heißt, daß nicht nur jeder in unserem Lande ohne Rücksicht auf seinen Nachbarn das kauft, was am billigsten ist, gleichgültig, wo es herkommt, sondern das bedeutet auch, daß jeder jene Produktion zu verlassen hat, die nicht so einträglich ist wie die andere. Das hätte zur Folge, daß man, wenn der Ackerbau und die Landwirtschaft im Nutzen, in der Erzielung von Erträgen nicht mehr auf gleicher Stufe wie die Industrie stehen, die Landwirtschaft aufzugeben und daß sich alles der Industrie zuzuwenden hat. Es wäre ja möglich, daß man zu so einem Schluß kommt und einer solchen Argumentation sich hingibt. Aber wenn das der Fall ist, dann müßten Sie uns vorher zeigen, daß ein industrielles Volk dauernd physisch, geistig und moralisch ebenso leistungsfähig ist wie ein Volk, das einen Bauernstand besitzt. Diesen Beweis werden Sie uns jedenfalls auf die Dauer schuldig bleiben müssen. Man muß bedenken, daß unsere Bergabhängen durch Jahrhunderte und Jahrtausende der Kultur zugeführt worden sind, daß wir stolz darauf waren, daß wir die landwirtschaftliche Kultur in immer höhere Lagen brachten. Jetzt, weil die Produktion verteuert worden ist, weil das Ausland mit einer furchtbaren Konkurrenz einsetzt, weil dadurch die Not in den Alpentälern und in den Höhen gestiegen ist, sollen sich diese Alpentäler und Höhen entvölkern. Wenn diese Leute um Hilfe rufen, wenn sie einen Schutz ihrer Existenz verlangen, dann kommt der gelehrte Theoretiker und sagt, das ist wirtschaftlich verkehrt. Einzig und allein das Profitdogma soll entscheiden, ob eine Produktion existenzberechtigt ist, einzig und allein das Moment soll entscheiden, ob man in dem einen Produktionszweig mehr verdient als in dem anderen. Und darum hat ja auch Marx, wie die englischen Landwirtschaften in Weiden umgewandelt worden sind, triumphierend das Wort ausgerufen: Das Schaf

hat den Menschen gefressen. Nun, hohes Haus, das wollen wir nicht haben, daß bei uns auch das Schaf den Menschen frisst, sondern wir wollen eben, daß die Bauern ihrer Scholle erhalten bleiben, daß der Grund und Boden uns erhalten bleibt und daß die Betriebsintensität der Landwirtschaft noch zunimmt, aber nicht abnimmt.

Der Freihändler sagt auch, daß die Lebensmittelversorgung durch den Weltmarkt bedeutend günstiger ist, sie bietet große Vorteile. Schauen wir uns die Sache einmal an. Es ist zunächst zu konstatieren, daß die Zahl jener Länder, die Lebensmittel exportieren, ständig im Zurückgehen und die Zahl jener Länder, die Lebensmittel importieren, in ständigem Zunehmen begriffen ist. Dadurch müssen wir die Lebensmittel aus immer entfernter liegenden Ländern einführen. Ich frage Sie nun: Wenn in der Welt, nur in Europa, irgendwelche politische Verwicklungen eintreten: Wir sind ein Staat, der nicht ans Meer grenzt, wir sind ein Staat, der nicht offen mit dem Welthandel in Verbindung treten kann, ja, wo werden wir, wenn die Einfuhr der Lebensmittel durch unsere Nachbarstaaten unterbunden ist, Brot für unsere Bevölkerung hernehmen? Von wo werden Sie dann das Brot für Ihre Arbeiter nehmen, wenn im Inlande mittlerweile die Produktion erschlagen worden ist? Solange die Chemie noch nicht erfunden hat, wie man auf chemischem Wege Brot und Fleisch erzeugt, solange ist der Arbeiter auf die Produkte angewiesen, die der Bauer auf den Markt bringt.

Wenn Sie sich dem Troste hingeben, daß man in einer solchen Situation anbauen und den Grund bearbeiten wird, dann muß ich Ihnen sagen, daß ein verschwundener Bauernstand fast nicht mehr herzustellen ist. Sie können den Bauernstand entwurzeln, aber zum Einpflanzen eines neuen Bauernstandes brauchen Sie nicht Jahrzehnte, sondern Jahrhunderte. (Sehr richtig!) Es sind noch andere Umstände, die uns vorsichtig gegenüber dieser Politik machen müssen. Die inländische Produktion an Lebensmitteln ist auf eine große Anzahl von kleinen Betrieben verteilt. Diese vielen kleinen Betriebe stehen in Wechselbeziehungen zu einer großen Anzahl von Handels- und Gewerbetreibenden, denen sie auch wieder die Möglichkeit der Existenz bieten. Dadurch ist jede Trustbildung erschwert, auch abgesehen davon, daß eine Trustbildung im Inlande gegenüber der öffentlichen Meinung einen schweren Stand haben müßte, während sich ein ausländischer Trust an die öffentliche Meinung des Inlandes nicht kehrt. Wenn wir hier den internationalen Weltverkehr beobachten, so sehen wir, daß die Zahl der Händler im ständigen Sinken begriffen ist. Ein typisches Beispiel hierfür ist das Petroleummonopol. Wer sagt ihnen nun, daß in der Zukunft nicht ein Vieh-, ein Fleisch- und ein riesenhaftes Getreidemonopol entstehen wird?

Die Trusts greifen nicht nur über ihre Staaten hinaus, die Trusts greifen auch über ganze Kontinente hinaus, und wenn wir unsere eigene Produktion mittlerweile verloren haben, wenn sich die großen Trusts gebildet haben, dann werden unsere Konsumenten diesen Trusts ausgeliefert sein. Die Konsumenten werden dann diesen großen Unternehmungen ein Vielfaches dessen zu zahlen haben, was Sie unseren Bauern verweigert haben. (Zustimmung.) So wird die kurzfristige Politik der billigen Lebensmittel, die den Bauern ruinierte, schließlich auch den Konsumenten, für den sie geführt worden ist, zum Unsegen gereichen.

Sie sagen auch, daß beim Freihandel, bei der Zollfreiheit ein größeres Einkommen für den einzelnen zu haben ist, Sie sagen, daß eine bessere Verteilung des Einkommens möglich ist, daß durch die freie Konkurrenz nur die produktivste Arbeit geleistet wird und dadurch, daß man sich nur der produktivsten Arbeit widmet, das Einkommen größer sein muß. Ich gebe zu, daß dies zutreffen kann, aber nur dann, wenn in einem Lande spezielle Vorbedingungen hiefür vorhanden sind, wenn ein Land zum Beispiel über besonders günstige Rohstoffquellen verfügt. Wenn aber ein Land keine günstigen Bedingungen hat, dann kann die Konkurrenz bei Freiheit, bei Freizügigkeit mit einem Lande, das über die günstigen Vorbedingungen verfügt, nur dadurch aufrechterhalten werden, daß man zu niedrigen Löhnen schreitet, daß man zu einer sogenannten Hungerindustrie kommt. Denn auf Grund wessen sollte denn sonst die Konkurrenz aufrechterhalten werden können? Der Schutzzoll ist vielleicht nicht in der Lage, dem Lande einen großen Reichtum zu beschaffen, der Schutzzoll ist aber in der Lage, in unserem Lande eine intensive Bodenbewirtschaftung herbeizuführen. Und Kleingewerbe und Kleinhandel werden solange existieren, solange ein gesunder, kleiner Bauernstand vorhanden ist. Ihre Methode, uns frei zu geben und keinen Zoll zu unserem Schutze einzuführen, muß diese Entwicklung unbedingt stören.

Ich bin auch der Ansicht, daß kein Teil der Bevölkerung gegenüber Krisen so widerstandsfähig ist wie der Bauernstand. Was würde geschehen, wenn wir wirklich dabei blieben, unsere ganze Existenz und unser ganzes Volkseinkommen auf den Export unserer Industrie einzustellen? Das Risiko scheint mir ein ungeheures. Stellen Sie sich vor, es wird durch irgendwelche Maßnahmen plötzlich die Zufuhr der Rohstoffe unterbunden, die unsere Industrie zum Export benötigt? Die Industrie kann nicht arbeiten, die Arbeiter sind arbeitslos, und unser ganzes Volkseinkommen ist auf den Export der Industrie eingestellt, können Sie sich diese Krisis überhaupt vorstellen, diese furchtbare Auswirkung, daß ein ganzes Volk plötzlich arbeitslos geworden ist? Man darf

nicht vergessen, daß der industrielle Arbeiter größtenteils von der Hand in den Mund lebt. Hat er ein höheres Einkommen, hat er einen größeren Verbrauch. Wir haben dies deutlich in der Nachkriegszeit gesehen, damals waren große Einkommen, waren riesige Verbräuche. Kommt eine Krisis, fehlt es dann selbstverständlich am allerdringendsten und am allernotwendigsten. Bei dem Bauer und Handwerker ist das Gegenteil der Fall. Auch wenn er ein kleines Einkommen hat, legt er sich Reserven an, die dann in den Zeiten der Not und der Krise herangezogen werden.

Ich halte aber auch die einseitige Umstellung unserer ganzen Bevölkerung auf Industrie bei unserer Demokratie für politisch gefährlich. Wenn es gelingt den Bauernstand umzubringen, dann hat das Bürgertum in diesem Staate keinen Rückhalt mehr. Ein Industriestaat kennt nur zweierlei, Großunternehmung und Arme, Kapital und Proletariat. Der Bauer ist aber die Nährmutter des Kleingewerbes und des Mittelstandes, und wenn der Bauer verschwindet, so verschwindet in logischer Konsequenz der gesamte Mittelstand in unserem Staate. Wirtschaftskämpfe wird es immer geben. Sie werden aber bedeutend gemildert, wenn ein Großteil der Bevölkerung Kleinbesitzer ist, wenn der Arbeiter Aussicht auf Selbständigkeit hat. Denn der besitzlose Arbeiter und der Arbeiter, der überhaupt keine Aussicht hat, je zu einem Besitz zu gelangen, wird nur allzuleicht verführt. Es scheint uns auch gefährlich, wenn die Sozialpolitik lediglich in den Händen von Nichtbesitzenden ist. Eine solche Sozialpolitik legt sich keinerlei Schranken auf, sie nimmt nicht Rücksicht auf die vorhandenen Geldmittel, sondern sie erschöpft diese ganz einfach, und wenn sie erschöpft sind, dann greift man zu Steuermaßnahmen, die dann die ganze Volkswirtschaft erschlagen müssen, wofür wir ja genügend Beispiele haben.

Der Bauer ist bestimmt kein Freund des Großkapitals. Der Bauer hat aber Verständnis für den Lohnarbeiter, weil ein großer Teil der Verwandten des Bauern, Söhne, Töchter und Geschwister, oft selbst Lohnarbeiter sind. Der Bauer ist meiner Ansicht nach auch der größte Demokrat im Staate. Er ist derjenige Arbeitgeber, der mit seinem Arbeitnehmer unter einem Dache wohnt, der mit ihm dieselbe Arbeit leistet und mit ihm aus einer Schüssel isst. Aber dessenungeachtet ist der Bauer auch ein Gegner des Staatssozialismus. Der Bauer liebt die Freiheit und die Selbständigkeit, er ist aber auch ein Hort von Ruhe und Ordnung. Er ist ein Rückhalt für den Ordnungsgedanken im Staate. Die Sozialdemokraten wissen sehr genau, daß sie gegenüber den Bauern machtlos sind. Aus diesem Grunde will ein Teil der Sozialdemokraten die Bauern für sich gewinnen, ein anderer Teil, der sich bereits überzeugt hat, daß er die Bauern nicht für sich

gewinnen kann, würde es gar nicht ungern sehen, wenn die Bauern zugrunde gingen, damit der Weg zur Sozialisierung in diesem Staate, zur Machtpolitik des Sozialismus dadurch freigemacht werde. (Müller: Wer sind diese Sozialdemokraten, Herr Kollege? Sie müssen es uns schon sagen!) Ich glaube, ich brauche nicht gar so weit zu gehen. Ich werde ein paar Minuten später Ihnen damit dienen, daß es große sozialdemokratische Führer gibt, die das gepredigt haben, unter anderem hat das einer Ihrer größten Führer, Marx, gepredigt. Ich werde später einen kleinen Satz aus seiner Lehre verlesen, dann werden Sie jedenfalls befriedigt sein.

Mit den Bauern geht dem Bürger das Fundament des Staates verloren. Es geht damit die Garantie für eine ruhige Entwicklung verloren. Aus diesem Grunde darf kein Opfer zu groß sein, um den Bauernstand zu erhalten. Sie brauchen ja nur in die weite Vergangenheit zu blicken. Da bemerkt man, daß alle antiken Staaten dann zugrunde gegangen sind, wenn der Bauernstand zugrunde gegangen war. Hat es keinen Bauernstand gegeben, dann ist Verweichlichung und Entartung eingetreten, und das war dann der Beginn des Zerfalles und des Unterganges eines Volkes. Das ist keine Theorie, sondern die Auswirkung von Naturgesetzen, die sich eben nicht ausschalten lassen.

Wenn ich so den Nachweis erbringe, daß die Landwirtschaft unbedingt einen Schutz braucht, so will ich mich jetzt noch mit etwas befassen: Es ist ganz eigentümlich, daß unsere Öffentlichkeit über den Wert der landwirtschaftlichen Produktion vollkommen im unklaren ist. Die große Mehrzahl unserer Bevölkerung glaubt, daß die landwirtschaftliche Produktion in ihrem Werte zur Produktion der Industrie und zu dem Export überhaupt nicht in Frage kommt. Der Wert unseres Industrieexports ist ungefähr 1700 Millionen Schilling. Wenn Sie dem gegenüberhalten den Wert der gesamten landwirtschaftlichen Produktion, so sehen Sie, daß dieser 2700 Millionen Schilling ist, daß also der Wert der landwirtschaftlichen Produktion um 1000 Millionen Schilling größer ist als der ganze Export unserer Industrie. Hierbei dürfen Sie aber nicht vergessen, daß in den Ziffern des Industrieexports noch etwas enthalten ist, was gar kein Export ist, nämlich der Import an Rohstoffen, die eben zur Erzeugung dieser Industrieprodukte, die ausgeführt werden, notwendig sind. Wenn wir uns das anschauen, dann kommen wir zu dem Resultat, daß der Wert der landwirtschaftlichen Produktion Österreichs heute, wo diese Produktion noch sehr weit davon entfernt ist, ihre Kapazität zu erreichen, schon doppelt so groß ist wie der ganze Export unserer Industrie.

Man sagt uns, wir sollen die Landwirtschaft intensiver betreiben, dann werden wir keinen Schutzoll benötigen, dann werden wir durch die intensivere Bewirtschaftung die Konkurrenz mit dem Auslande

aufnehmen können. Ich sage das Gegenteil, ich sage, daß die Intensität der Betriebsführung in der Landwirtschaft davon abhängig ist, was für Preise für die Produkte der Landwirtschaft bezahlt werden. (Sehr richtig!) Ein angemessener Preis regt die Produktionsförderung an. Wenn die Produktion der landwirtschaftlichen Produkte rentabel ist, dann wird der Landwirt Kunstdünger verwenden, er wird Kraftfutter verwenden, er wird höhere Löhne zahlen und mehr Arbeiter einstellen können, und vor allem werden die Familienmitglieder des Landwirtes keinem Berufswechsel mehr unterworfen sein, sondern sie werden beim Landwirt auf dem Bauernhof selbst Beschäftigung finden können. Ich bin der Ansicht, daß die Arbeitslosigkeit in unserem Staate zu einem Großteil auf die ungeheure Landflucht zurückzuführen ist. Ein Großteil unserer Arbeitslosigkeit wäre nicht notwendig, wenn nicht ständig so viele Arbeiter vom Lande in die Industriebezirke einwandern würden, weil die Arbeit auf dem Lande so wenig lohnend ist. Sie werfen uns vor, daß wir unseren Arbeitern auf dem Lande nicht mehr zahlen. Ich habe Ihnen bewiesen, daß der Betriebsaufwand schon heute 95 Prozent des Reinertrages ausmacht. Ja, wir können nicht mehr zahlen, wenn wir schon bei den jetzigen Löhnen zugrunde gehen, und so müssen wir zusehen, wie unsere Landarbeiter und die Familienmitglieder unserer Bauern in die Industriebezirke abwandern, und Sie — bin ich der Ansicht — begehen ein Verbrechen, daß Sie dadurch die Konkurrenz des städtischen Arbeiters noch vermehren, daß Sie den Arbeitsmarkt mit den Arbeitslosen vom Lande noch überschwemmen und dadurch die Krise noch weiter erhöhen. (Sehr richtig!) Die Landflucht kann nur gebannt werden, wenn die Intensivierung der Landwirtschaft bei uns gelingt, weil wir dann in der Lage sein werden, unseren Arbeitern die entsprechenden Löhne bezahlen zu können.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel bringen, wie die Intensivierung der Landwirtschaft rein von der Preisbildung der Produkte abhängig ist, und zwar nehme ich als Beispiel die Aufzucht von Schweinen, wenn ich die Abfallprodukte der Milch verwerten soll. Man rechnet für 1 Kilogramm Fleischzuwachs 2½ Kilogramm Mais à 30 g, macht 75 g; 4 Liter Magermilch à 9 g macht 36 g; 24 Liter Schlempe à 3 g, macht 72 g; für die Haltungskosten kann man minimal 80 g rechnen, die negative Abance — das ist das Billigerwerden pro Kilogramm gegenüber dem Zerkelpreis — beträgt 30 g. Das ergibt zusammen 2 S 93 g. Ohne die Schlempe kommt das Kilogramm auf 2 S 20 g. Wenn jetzt der Preis unter 2 S 20 g sinkt und der Bauer die Schlempe nur mit 1 g berechnet, so erhält er für die Haltungskosten noch 28 g. Da wird es sich schon mancher Bauer überlegen, ob er die Schlempe verfüttert oder nicht. Sinkt aber nun der Schweinepreis noch unter 2 S 20 g,

so bleibt dem Bauer für die Schlempe überhaupt nichts mehr übrig. Wenn ihm aber für die Haltungskosten nichts übrigbleibt, dann wird er natürlich die Schlempe nicht mehr verfüttern, sondern sie wegschütten. Was tritt nun ein? Die Volkswirtschaft hat nun nicht nur den Entgang der ganzen Schweinezucht, sie hat noch den Entgang durch den Verlust der Schlempe, sie hat weiter dadurch einen Entgang, daß keine Erhöhung der Milchproduktion mehr vorgenommen werden kann, denn der Milchkonsum ist in unserem Lande bereits gedeckt. Wenn wir die Milchproduktion erhöhen wollen, so können wir es nur, indem wir aus der Milch andere Produkte herstellen. Diese anderen Produkte stellt man nicht her, weil die Abfallprodukte der Milch nicht verwertet werden können und daher infolge der Gesteuerungskosten die Produkte selbst gegenüber den ausländischen nicht mehr konkurrenzfähig sein könnten. Sie sehen also, welch ungeheuren Ausfall die Volkswirtschaft dadurch erleidet. Es folgt daraus, daß der Schweinepreis ein so hoher sein muß, daß noch eine rationelle Verwertung der Abfälle möglich ist. In dem Moment, wo diese rationelle Verwertung nicht mehr möglich ist, muß die Produktion dieses Zweiges aufhören. Daraus ergibt sich, daß jede Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion nur dann möglich ist, wenn man der Landwirtschaft solche Preise gibt, daß die Produktion tatsächlich rentabel ist.

Ich möchte jetzt noch über die Möglichkeit der Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion sprechen. Die Schweiz erzeugt heute 24 Millionen Doppelzentner Milch. Das ist gleich einer Summe von 840 Millionen Schilling. Österreich erzeugt heute in Milch einen Wert von 700 Millionen Schilling. Die Kulturläche Österreichs und alle sonstigen von Natur aus gegebenen Bedingungen würden eine doppelt so große Milchproduktion ermöglichen, als sie die Schweiz hat. Wenn dies eintreten würde — und das muß eintreten, wenn unserer Landwirtschaft der nötige Schutz gewährt wird und wenn man sie auch ansonsten fördert —, so könnten wir eine Milchproduktion im Werte von 1680 Millionen Schilling haben. Das wäre also eine Mehrproduktion der Landwirtschaft nur in diesem einen Zweige von 1 Milliarde Schilling. Dieser Zweig allein würde also eine Mehrproduktion haben, die beinahe so groß ist wie der Gesamtwert unseres Industrieexportes, abzüglich der Kosten für die darin enthaltenen Rohstoffe. Eine Verbesserung unserer Lage in Österreich ist also nur möglich, wenn wir eine erhöhte Produktion haben. Die Produktion für den Export der Industrie zu erhöhen, scheint bei der derzeitigen Lage Europas eine Unmöglichkeit. Die Produktion der Industrie für den Inlandmarkt zu erhöhen, scheint insoweit unmöglich, als nicht die Landwirtschaft kaufkräftiger gemacht ist. Daher ist es die erste Aufgabe unserer Wirtschaftspolitik, die Landwirtschaft derart kaufkräftig zu machen, daß sie

einerseits der Industrie ihre Produkte abkaufen kann und andererseits in der Lage ist, ihre Produktion so zu erhöhen, daß wir dadurch zu einem höheren Volkseinkommen gelangen.

Wenn ich dies feststelle, so muß ich sagen, daß ich daher nicht nur Erziehungszölle, sondern auch Ausgleichszölle verteidige, sie nicht nur verteidige, sondern auch die Notwendigkeit von Ausgleichszöllen feststellen muß. Ich halte Ausgleichszölle unter folgenden Bedingungen für notwendig: je schwieriger es für den geschützten Zweig wäre, seine Arbeitskräfte auf anderen Gebieten ebenso produktiv zu betätigen, je größere, in den geschützten Zweigen investierte Werte brachgelegt würden und verlorengingen, je mehr indirekte Vorteile mit der Erhaltung des geschützten Zweiges verbunden sind, zum Beispiel Sicherung der Versorgung des Landes mit Lebensmitteln, Erhaltung des Bauernstandes usw. Diese drei Sätze sind für unsere Landwirtschaft unbedingt zutreffend.

Wenn man sagt: wir brauchen keine Zölle, so möchte ich mir doch die Frage erlauben: Was wird geschehen, wenn ein Teil unserer Landwirtschaft infolge der schlechten Produktionsverhältnisse nicht mehr produziert, wenn unsere Äcker und guten Wiesen in Weiden und Jagdgründe umgewandelt werden? Von wo wollen Sie den Entgang an volkswirtschaftlichem Einkommen ersetzen, der bisher dem Staate aus diesen Wirtschaften zugeflossen ist? Den Industrieexport können Sie nicht mehr erhöhen, und hier reißen Sie nur ein neues Loch in dem Einkommen unserer Volkswirtschaft. Ein solcher Entgang wäre für uns unerträglich.

Ich frage Sie aber auch: Wohin wollen Sie mit den Massen nunmehr arbeitslos gewordener Bauern gehen? Wenn Sie unsere Bauernschaft umbringen, wohin soll diese ganze Anzahl von Menschen wandern? Soll die auch noch in die Städte gehen und die Arbeitslosigkeit vermehren? Sie werden Ihrer städtischen Arbeiterbevölkerung einen schlechten Dienst erweisen, wenn Sie nicht dafür Sorge tragen, daß unsere Landwirtschaft lebensfähig und produktionsfähig wird, weil Ihre städtische Arbeiterschaft durch nichts eine solche Konkurrenz erhält als durch die Überschwemmung des Arbeitsmarktes mit den arbeitshungrigen Massen der vom Lande vertriebenen Bauern. (Zustimmung.)

Wenn wir nachsehen, in welchem Grade sich die landwirtschaftlichen Zölle hindernd für die Industrie auswirken, so sehen wir, daß sich, wenn wir die Zölle gänzlich fallen lassen, der Lebensindex in den Städten um 2 bis 3 Prozent erniedrigen würde. Ich frage: Gibt es einen Menschen, der ernstlich glaubt, daß wir, wenn der Lebensindex nur um 2 bis 3 Prozent verbessert wird, dann exportfähiger würden, als wir es heute sind? Ich halte das für ausgeschlossen. Ich komme also zu dem Schlusse, daß

eine Vermehrung des Exportes nicht möglich ist und daß durch das Herabdrücken der Lebensmittelpreise die Industrie auch nicht konkurrenzfähiger wird, während, wenn wir unsere Lebensmittelproduktion durch Zölle schützen, die Landwirtschaft wohl in der Lage sein wird, durch Intensivierung ihre Produktion bedeutend zu erhöhen. Hierdurch wird natürlich eine bedeutende Vermehrung des volkswirtschaftlichen Einkommens und eine Erleichterung der Steuerlast für den einzelnen eintreten, denn ist das volkswirtschaftliche Einkommen höher, so ist die Kopfquote der Steuerlast für den einzelnen niedriger. Wenn man unseren Schutz Zoll so bekämpft, dann möchte ich Ihnen sagen: Wer dem Bauer angemessene Preise verschafft, gibt ihm und seinen Arbeitern einen angemessenen Lohn, denn der Bauer hat ja keine riesige Kapitalsanlage, es handelt sich bei ihm mehr um eine Verdienstmöglichkeit. Wer unsere Schutz zölle bekämpft, ist meiner Ansicht nach ein Lohnrücker, der dem fleißigsten, nützlichsten und bescheidensten Arbeiter des Landes von dem wenigen, das er verlangt, etwas noch nehmen will. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Ich bin früher gefragt worden, wer von den Sozialisten derjenige ist, der eventuell das Zugrundegehen des Bauernstandes gerne sehen würde. Hören wir einmal! Marx, der Theoretiker des Sozialismus, hat folgendes niedergeschrieben. Er befindet sich so mit uns in der gleichen Auffassung *(liest)*: „Wenn alle Waren billiger werden und sind, so wird die Arbeit, die auch eine Ware ist, gleichfalls im Preise sinken, und zwar wird diese Ware Arbeit verhältnismäßig viel mehr sinken als alle anderen Waren. Verläßt sich der Arbeiter dann noch immer auf die Argumente der Ökonomen, so wird er finden, daß das Geld in seiner Tasche zusammengeschmolzen ist und ihm nichts übrigbleibt. Das System der Handelsfreiheit“ — schreibt er weiter — „beschleunigt die soziale Revolution, und nur in diesem revolutionären Sinne stimme ich für den Freihandel.“ *(Hört! Hört!)* Sehen Sie, das hat einer Ihrer anerkanntesten Führer niedergeschrieben. Wir haben mit Freude vernommen, daß die österreichische Sozialdemokratie oder wenigstens ein Teil der anwesenden Herren sich nicht mehr ganz auf diesen Boden stellt, nur haben wir leider in der Praxis bis heute noch nicht gesehen, daß Sie anderer Ansicht geworden sind. *(So ist es!)*

Ein extensiver Betrieb in der Landwirtschaft erleichtert nach unserer Ansicht auch das Großunternehmen, er begünstigt die großkapitalistische Führung von Landwirtschaften, während der intensive Kleinbetrieb mit dem Großbetriebe ebenbürtig ist. *(Sehr richtig!)* Ein intensiver Kleinbetrieb gibt Arbeitsgelegenheit, er ist die Quelle von Verdienstmöglichkeiten.

Ich möchte zum Schluß kommen und sagen, daß der Landbund bemüht war, durch diese Zolltarif-

novelle der Landwirtschaft den Schutz zu geben, dessen sie bedürftig ist. Wir haben getrachtet, die Forderungen der landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften womöglich restlos durchzusetzen. Leider ist es uns nicht gelungen, in allen Belangen dies zu erreichen. Insbesondere bedauern wir auf das Lebhafte, daß es uns nicht gelungen ist, einen Kartoffelzoll durchzusetzen. Der Landbund wird trotzdem für die Vorlage stimmen, weil sie geeignet scheint, die Existenz der Landwirtschaft zu verbessern. Wir sind uns aber klar, daß die Gesetzgebung dieser Vorlage noch lange nicht den ganzen Erfolg bedeutet. *(So ist es!)* Die Mehrzahl unserer Zölle ist gebunden, und daher wird die Zolltarifnovelle noch nicht jene Auswirkung haben, die wir im Interesse unserer Landwirtschaft verlangen müssen. Wir betrachten diese Zolltarifnovelle als nichts anderes als eine Waffe, die wir der Regierung in die Hand gegeben haben, damit sie in der Lage sei, mit dieser Waffe durch Verbesserung der Handelsverträge für uns eine Existenzmöglichkeit zu erkämpfen. Wir erwarten und verlangen von der Regierung, daß sie von dieser Waffe den nötigen Gebrauch macht, indem sie eine Abänderung der bestehenden Handelsverträge umgehend durchführt und durchsetzt. Wenn die Regierung die Handelsverträge im Sinne dieser Vorlage abändern wird, wenn sie es sich weiter angelegen sein lassen wird, von der bisherigen Praxis unserer Regierungen, die Landwirtschaft zu vernachlässigen und als etwas Nebensächliches zu betrachten, abzugehen, indem sie durch Förderung des Schulwesens, durch Förderung des Genossenschaftswesens, durch eine Revision unserer Steuergesetze und durch eine Verbesserung des landwirtschaftlichen Kreditwesens Hilfe schafft, dann, hohes Haus, wird nicht nur die Existenz unserer Landwirtschaft gesichert sein, sondern dann wird auch die ganze Volkswirtschaft Österreichs neu aufblühen und gedeihen; denn wir glauben und vertreten die Überzeugung, daß der bäuerliche Beruf mehr als jeder andere die Grundlage nicht nur des volkswirtschaftlichen, sondern auch des seelischen Gedeihens eines Volkes bildet. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft **Thaler**: Hohes Haus! Es ist das unbestreitbare Recht der Opposition, zu befürchten, daß durch den neuen erhöhten Zolltarif der Lebensunterhalt der Konsumenten verteuert werde, und davor zu warnen. Die Pflicht der Mehrheit ist es, diese Befürchtung zu widerlegen oder die unbedingte Notwendigkeit der Erhöhung des Zolltarifs zu beweisen.

Mehrere Gründe geben der Mehrheit dieses hohen Hauses das Recht, zu glauben, daß diese Befürchtungen der Opposition jedenfalls viel zu weit gehen. Gerade der Herr Präsident Elbersch hat als erster Sprecher der Opposition selbst zugegeben, daß auto-

nome Zölle keine Vertragszölle sind. Und wenn uns hierbei vorgeworfen wird, daß die Spannung zwischen Vertragszoll und autonomen Zoll im alten Zolltarif zum Teil noch hinreichend wäre für die neuen Vertragsverhandlungen, so kann dagegen gesagt werden, daß durch die Erhöhung solcher Positionen der feste Wille des österreichischen Parlamentes zum Ausdruck kommt, sich zum Schutze der eigenen Wirtschaft der Zollhöhe der uns umliegenden Länder zu nähern.

Weiters sind erfahrungsgemäß hohe autonome Zölle ein gutes Rüstzeug für unsere Unterhändler, und es ist auch für den ausländischen Partner selbst eine große Erleichterung, wenn er bei irgendeiner Position vom nun einmal bestehenden autonomen Satz einen größeren Verhandlungserfolg aufweisen kann.

Es hat auch ein Redner der Opposition, Herr Nationalrat Schneeberger, die Befürchtung ausgesprochen, daß gerade beim Schlachtviehzoll die Erhöhung von 12 auf 15 Goldkronen vollständig unnütz und unlogisch sei, weil wir doch im Vertragszoll noch eine Spannung von 5 auf 12 Goldkronen hätten, und er meint, daß sich das, wenn wir zu einem Zollkrieg mit einem Auslandstaate kämen, fürchterlich auswirken müßte. Auch diese Befürchtung teile ich nicht; denn es ist ja nicht ein einzelner Staat, der zu uns hereinführt, sondern es sind viele Staaten, und ich bin überzeugt, wenn einer oder der andere ausfällt, ein dritter und vierter das Fehlende ergänzen wird. Damit komme ich auf einen zweiten Grund, warum ich diese Befürchtungen im allgemeinen nicht teile. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß solche Zölle nicht die inländischen Konsumenten allein tragen, sondern zum Großteil auch die ausländischen Produzenten. Wenn man bedenkt, daß gerade Österreich von Staaten umgeben ist, die sich alle darum bemühen, auf den einheimischen Markt zu kommen, so bin ich überzeugt, daß in den nächstfolgenden Jahren die österreichischen Konsumenten immer im hohen Maße die Nutznießer dieser Konkurrenz der ausländischen Agrarstaaten sein werden.

Ich möchte auch noch anführen, daß Zollerhöhungen nicht immer unbedingt auch eine Preiserhöhung nach sich ziehen müssen. Gerade wir Österreicher haben hierfür sehr gute Beispiele bei Zucker, bei Käse, bei Milch, bei Butter. Hier muß gefragt werden, wie sich diese Zölle ausgewirkt haben. Als wir an die Einführung eines Zuckerzolles gingen, kamen die großen und die kleinen Rübenbauern zu mir und erklärten: Wir können nicht mehr weiter, wenn wir nicht einen entsprechenden Schutz haben! Wir haben den Schutz gegeben, und der Erfolg für die österreichische Volkswirtschaft war der, daß, trotzdem der Zoll sich keineswegs voll auswirkte, wir von 9 Prozent der Eindeckung des Eigenbedarfes im Jahre 1919 bis 1920 im heurigen Jahre auf

ungefähr 60 Prozent angelangt sind. — Bei Käse: Es hat sich keine Preiserhöhung bemerkbar gemacht, und wir sind von einer Anlieferung aus dem Auslande von 46.000 Meterzentner im Jahre 1924 heuer, wenn die Ziffern des ersten Halbjahres zutreffend bleiben, für das ganze Jahr auf 24.000 Meterzentner herabgesunken, also auf die Hälfte der früheren Einfuhr. — Bei Milch: Wir Agrarier selbst haben damals der Opposition und den Konsumentenvertretern gesagt, wir wollen keine Milchpreiserhöhung, wir wollen nur den Inlandmarkt uns sichern. Und der Erfolg? Der Zoll, der selbstverständlich keine Milchpreiserhöhung gebracht hat, hat bewirkt, daß wir von einer Anlieferung von täglich 150.000 Liter jetzt auf 20.000 Liter herabgesunken sind. Jeder Volkswirt muß sich ja freuen über solche Ziffern, in denen sich die an der österreichischen Landwirtschaft hervorgerufene Verbesserung der Handelsbilanz zeigt. — Butter: Es ist im letzten Jahr, als wir den Butterzoll einführten, sehr befürchtet worden, daß sich hier eine Vertenerung auf dem Markte ergeben wird. Auch das ist nicht dauernd eingetreten: wir sind wieder beim gleichen Butterpreise wie von ehedem. Leider Gottes muß ich es als österreichischer Landwirtschaftsminister hier beklagen, daß die Buttereinfuhr trotz des Zolles noch um 3 Millionen Schilling im heurigen Jahre zugenommen hat.

Es wurde auch behauptet, daß der Großgrundbesitz allein der Nutznießer dieser Zölle sei. Auch damit kann man nicht einverstanden sein. Denn gerade die Zuckerfabriken fragen nicht danach, ob der Einlieferer der Zuckerrüben ein Großbauer ist, der viele, fremde Arbeitskräfte beschäftigt, oder ob er ein kleinerer Bauer ist, der selbst oder mit seinen Familiengenossen den Acker bewirtschaftet. Es fragt keine Molkerei, ob der Einlieferer ein Großbauer ist oder ob er ein Kleinbauer ist, der die Milch einliefert. Der Großgrundbesitzer hat es immer erst noch in der Hand, sich einen eigenen Molkereibetrieb einzustellen, der Kleinbauer aber mit seinen paar Liter Milch kann sich dies nicht erlauben, sondern er ist froh, wenn er in die Molkerei sein Produkt bringen kann. So hat der Kleinbauer vom Aufschwung der Molkereien, deren Voraussetzung der Zollschutz bildet, einen besonderen Vorteil. Großbauer und Kleinbauer sind durch den Zuckerzoll, durch den Milchzoll, durch den Käsezoll und Butterzoll in gleicher Weise geschützt.

Es wird auch behauptet, daß in erster Linie der Getreidebauer den Nutzen von diesen Zöllen habe, während der Alpenbauer dabei schwer zu Schaden komme. Auch das muß ich bestreiten, denn er ist vor allem Viehzüchter; alle Jahre kommt es vor, das er irgendein Schlachtvieh, das zur Zucht nicht mehr verwendbar ist, abgeben muß, und da ist er auch sehr interessiert daran, daß der Preis dafür

ein entsprechender sei. Was aber unsere alpenländischen Bauern an diesem Getreidezoll besonders interessiert, ist, daß dadurch eine größte Gefahr beseitigt werden soll. Wenn wir österreichische Bauern die Verschiedenheit des Wirtschaftsgebietes nicht entsprechend ausnutzen, dann werden wir bestimmt unter die Räder kommen. Wir wollen daher, daß überall dort, wo Zuckerrübe gebaut werden kann, wo Getreide gebaut werden kann, auch Getreide und Zuckerrübe gebaut wird. Der Flachlandbauer hat es leichter in der Hand, sich wirtschaftlich umzustellen. Wenn die Zuckerrübe, wenn das Getreide nicht mehr geht, kann er sich ohne große Schwierigkeiten der Viehwirtschaft zuwenden, er kann sich auf die Molkeerei einrichten. Damit wird aber aus dem besten Abnehmer für unsere Abmelkflühe unser ärgster Konkurrent. Das wollen wir in erster Linie durch den Zoll ausgeschaltet wissen. *(Lebhafter Beifall.)*

Es wird auch behauptet, daß der alpenländische Viehzüchter dadurch getroffen würde, daß ihm die Futtermittel verteuert werden. Das sehe ich nun vollends nicht ein. Durch den Mehlszoll wollen wir erreichen, daß unsere großen Mühlen in Betrieb kommen, die uns die billige Mele liefern könnten. Und wenn das schon nicht: fast alle Futtermittel, auch die, die in Deutschland zollpflichtig sind, einschließlich des Maises, sind bei uns zollfrei. Ich kann mir infolgedessen nicht denken, warum eine Verteuern der Futtermittel eintreten sollte.

Sollte aber durch die Einführung des Zolles tatsächlich eine Verteuern in diesem oder jenem Belange Platz greifen, dann müssen wir uns sagen, daß wir alle miteinander, ob nun Opposition oder Mehrheit, im Hinblick auf die Gesamtwirtschaft Österreichs ein eminentes Interesse daran haben, uns, um unsere Handelsbilanz zu verbessern und um unsere Währung zu erhalten, den Inlandmarkt zu sichern. Ich bin mit dem sehr verehrten Herrn Vorredner vollständig darin einverstanden: es gibt kein anderes, es gibt kein besseres Mittel, um den inländischen Arbeitsmarkt vor einer Überschwemmung mit jenen Leuten zu schützen, die aus der Landwirtschaft sonst abfluten müssen, als daß wir die Landwirtschaft intensivieren.

Wenn die Frau Nationalrat Freundlich gestern gemeint hat, es gehe wohl nicht an, daß man um einer so kleinen Gruppe willen, wie es die österreichischen Bauern sind, so hohe Zölle einführe, wenn nach ihrer Berechnung die österreichische Bauernschaft auf 600.000 bis 700.000 Köpfe zusammengeschmolzen sein soll — so habe ich dabei geradezu das beängstigende Gefühl des letzten Mohikaners gehabt. Ich bin ja doch davon überzeugt, daß wir Bauern die kräftigsten und die vielseitigsten Konsumenten sind. Alle die kleinen Existenzen auf dem Lande draußen, die sich mit Gewerbe und Handwerk befassen, haben die gleichen Interessen wie wir. Ich bin davon überzeugt: wenn das österreichische Wirtschaftsrad schneller

in Bewegung kommen soll, dann kann es nur vom Urproduzenten aus geschehen. Er ist es ja, der die Werte aus dem heimischen Boden schafft.

Ich möchte aber auch die Notwendigkeit des Zolles ins richtige Licht setzen. Das österreichische Parlament muß der österreichischen Bauernschaft, der österreichischen Industrie einen Vorsprung vor den auswärtigen Produzenten lassen, denn wir in Österreich haben viel höhere Arbeitslöhne als die Länder, die uns Agrarprodukte liefern, bezüglich unserem Hauptabgabenzentrum Wien sind wir frachttarifsmäßig viel ungünstiger gelegen als unsere Konkurrenten, unser Klima und unsere Bodenverhältnisse sind vielfach schlechter, unser Gebirgsboden erfordert eine viel größere Arbeitskraft. Wollen wir das alles überwinden, dann müssen wir der österreichischen Landwirtschaft wie der österreichischen Industrie den Schutz geben, den sie unbedingt brauchen. Wenn wir auch noch die sozialen Lasten auf uns nehmen sollen, die zum Beispiel eine allgemeine landwirtschaftliche Versicherung bringen wird — wir wollen und sollen sie übernehmen —, dann hat eben die Mehrheit des hohen Hauses auch die Pflicht, zuerst die Vorbedingungen dazu zu schaffen, und diese Vorbedingungen sind die, daß wir unseren Bauernstand so kräftigen, daß er auch in der Lage und stark genug ist, diese Lasten auf sich zu nehmen.

Ich sage daher mit voller Überzeugung: Die Befürchtung der Opposition ist übertrieben, die Zölle sind nicht so hoch, sie sind auch nicht so hoch, daß wir durch sie den Konsumenten die Preise empfindlich erhöhen. Durch den Schutz dieser Zölle soll aber dem österreichischen Bauernstand in der Ebene und im Gebirge die Möglichkeit der Existenz gesichert werden. Deswegen bitte ich das hohe Haus, es möge dieser Zollvorlage unverändert seine Zustimmung geben. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Klimberger: Hohes Haus! Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß die hier in Verhandlung stehende Zolltarisnovelle schlecht ist, dann brauchte man eigentlich nichts anderes zu tun, als den verschiedenen Rednern der Majorität zuzuhören. Dann hat man den letzten Beweis dafür in der Hand. Es hat dem Herrn Kollegen Pistor beliebt, Vergleiche anzustellen und zu fragen, warum denn die Gemeinde Wien den Straßenbahntarif erhöhte, und wie wir nun dazukämen, was uns auf der einen Seite recht sei, auf der andern Seite zu verneinen und dagegen Stellung zu nehmen, daß der Schutz Zoll hier zum Gesetz erhoben wird.

Gestatten Sie mir, zu bemerken, daß das doch ein himmelhoher Unterschied ist, wenn auf der einen Seite eine Gemeinde feststellt, daß der Betrieb auf der Straßenbahn zum Selbstkostenpreis in der bisherigen Höhe des Fahrpreises nicht weitergeführt werden kann, und auf der andern Seite ein Gesetz

gemacht werden soll, das einzig und allein den Zweck hat, einer ganz kleinen Schicht von Großgrundbesitzern, von Großbauern und Großindustriellen neuerlich größere Profite zuzuschlagen. Der Vergleich, den Sie hier aufstellen, hinkt ganz gewaltig, und es beweist eine Armut ihrer Argumentation, wenn hier bereits der zweite Redner nichts anderes zu sagen wußte, als immer wieder die Frage, warum die Gemeinde Wien die Straßenbahntarife erhöht. Ja, warum erhöht denn der Bund ununterbrochen zum Beispiel die Tarife auf den Bundesbahnen? Das ist also doch kein Vergleich, kein Argument.

Aber ich werde Ihnen schon Argumente anderer Art entgegenhalten. Während es der Gemeinde Wien im Zusammenhang damit, was dem Herrn Abg. Pistor hier auszuführen beliebte, seitdem sie eine sozialdemokratische Majorität hat, bisher noch nie eingefallen ist, auch nur einen Heller mehr bei den Preisen ihrer Monopolbetriebe von der Bevölkerung zu verlangen als notwendig war, um diese Betriebe lebensfähig aufrechtzuhalten, macht das der Bund wesentlich anders. Während die Gemeinde Wien in ihren Ausweisen den Nachweis erbringt, daß sie keine Profite macht und haben will, weder bei der Straßenbahn noch beim Gaswerk noch beim Elektrizitätswerk, macht es der Bund ganz anders. *(Zwischenrufe. — Fahrer: Das sagt Ihnen der Breitner gar nicht! — Schiegl: Reden Sie doch nicht so dumm daher! — Fahrer: Sie wollen es weglügen! — Zwischenrufe und Gegenrufe. — Schiegl: Sie sind ein Idiot! — Fahrer: Sie sind ein noch größerer Idiot! — Schiegl: Ein gemeiner Kerl! So ein Lump!)*

Präsident: Herr Abg. Schiegl, ich rufe Sie zur Ordnung. *(Zwischenrufe.)*

Klimberger: Ich erkläre hier nochmals und werde es Ihnen hundertmal beweisen, daß die Gemeinde Wien auf jeden Verdienst aus ihren Monopolbetrieben verzichtet. *(Zustimmung. — Zwischenruf Kunschak.)* Herr Abg. Kunschak, ich werde Ihnen aus den Ziffern beweisen . . . *(Erneute Zwischenrufe.)* Herr Abg. Kunschak, wenn Sie glauben, daß nur Sie der geschickte Mann sind und daß der andere nichts weiß, sind Sie auf dem Holzweg. Ich werde Ihnen meine Behauptung durch Ziffern belegen.

Der Bund hat im Jahre 1923 für seine Monopolbetriebe 90 Millionen Schilling eingenommen. Im Jahre 1927, vier Jahre später also, hat der Bund aus den Monopolbetrieben bereits 187 Millionen Schilling Gewinn gezogen. Und da will der Herr Abg. Kunschak mir sagen, der andere weiß nichts, nur er allein weiß es. *(Kunschak: Aber was Sie von der Gemeinde behaupten, wissen Sie nicht oder Sie lügen! — Beifall. — Zwischenrufe.)* Sie können Beifall klatschen, soviel Sie wollen, und der Herr Abg. Kunschak kann tausendmal sagen, ich weiß es nicht, so erkläre ich hier, daß die Gemeinde

Wien auf jeden Verdienst aus ihren Monopolbetrieben verzichtet. *(Lebhafter Beifall. — Widerspruch und Gelächter. — Zwischenrufe.)* Und wenn der Herr Abg. Kunschak das Gegenteil beweisen will, so gebe ich ihm die Lüge, deren er mich zeugt, zurück. *(Lebhafter Beifall. — Zahlreiche lärmende Zwischenrufe.)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend):* Wir sind beim Zolllarif!

Klimberger: Wir sind beim Zolllarif, ich stimme dem Herrn Präsidenten zu. Ich bin aber nicht daran schuld, daß wir vom Zolllarif abgegangen sind. Ich mußte dem Herrn Nationalrat Pistor auf seine Beschuldigung antworten, daß die Gemeinde Wien Erhöhungen vorgenommen habe, die irgendwie nicht berechtigt wären. *(Lebhafter Beifall. — Erneute Zwischenrufe.)*

Präsident: Ich bitte um Ruhe! Ich bitte, lassen Sie jetzt den Redner sprechen!

Klimberger *(fortfahrend):* Der Herr Abg. Pistor hat Vergleiche gezogen zwischen der von der Majorität gewünschten Zollerhöhung und der Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise bei der Gemeinde Wien. Ich habe mir erlaubt, zu erklären, daß das keine Vergleiche sind. *(Erneute lebhafte Zwischenrufe.)* Beschimpfungen sind sehr wohlfeil, mit Beschimpfungen kann man nicht weiterkommen. Wir imponieren Beschimpfungen auch gar nicht. *(Andauernde lärmende Zwischenrufe.)*

Präsident: Ich bitte um Ruhe! Geben Sie dem Herrn Redner Gehör!

Klimberger: Ich habe also, wie Sie sehen, bewiesen, daß die Argumente der Majorität auf sehr schwachen Füßen stehen.

Daß diese Zolllarinnovelle schlecht ist, ist ja auch auf andere Weise schon bewiesen worden, und der einfachste und beste Beweis — abgesehen von dem, den ich schon erbracht habe — liegt wohl in der Tatsache, daß diese Novelle nicht neu ist. Schon das vergangene Parlament hat sich mit ihr beschäftigt, müssen, aber sie war dem verflochtenen Parlament zu schlecht, als daß es sie angenommen hätte, man hat damals auf die zweifelhafte Ehre verzichtet, dieses miserable Gesetz zu machen, und dies dem neuen Nationalrat überlassen. Wir sind Ihnen in der Wahlbewegung sogar sehr dankbar dafür gewesen, daß Sie uns die Möglichkeit gegeben haben, der arbeitenden Bevölkerung Ihre Absichten aufzuzeigen, und ich kann Ihnen das Geheimnis verraten, daß wir in den Wählerversammlungen von diesen Ihren Absichten, die Sie schon im alten Parlament hatten, den Gewerbetreibenden und Kaufleuten, den Arbeitern und Angestellten Mitteilung gemacht und ihnen in ziemlich ausführlicher Weise dargestellt haben, was Sie mit der arbeitenden Bevölkerung planen, wie Sie die Preise der Lebensmittel und auch der wichtigsten Bedarfs-

artikel zu verteuern beabsichtigen. Und ich verrate Ihnen weiter, daß auf Grund dieser unserer Mitteilungen über Ihre schönen Absichten Tausende und aber Tausende, ein großer Teil derjenigen, der neu zu uns gekommen ist, von Ihnen abgesplittert sind, weil sie mit Ihrer Politik nicht zufrieden waren. Ein großer Teil Ihrer Wähler hat sich nicht zuletzt wegen dieser Zolttarifnovelle von Ihnen getrennt und ist Ihnen bereits am 24. April untreu geworden. Und wenn Sie das Geheimnis des sozialdemokratischen Stimmenzuwachses von 120.000 Stimmen in Wien allein wissen wollen — hier in der Zolttarifnovelle ist eines dieser Geheimnisse enthalten.

Trotzdem ist die Situation so, daß sicherlich noch ein Großteil der Wähler, speziell aus den Kreisen des Kleinbürgertums, der Kaufleute und Gewerbetreibenden, bei Ihnen verblieben ist. Diese Leute, die noch bei Ihnen verblieben sind, kann man in zwei Gruppen teilen. Der eine Teil dieser Ihrer Wähler ist zwar weiterhin zu der Einheitsliste, ist bürgerlich orientiert, aber er ist der Meinung, und hat ihr wiederholt Ausdruck gegeben, wenn es sich um ein so schlechtes Gesetz gehandelt hat: Da werden die Sozialdemokraten dagegen ankämpfen, das werden die Sozialdemokraten schon verhindern, und wir bleiben vorläufig weiterhin einheitslistlerisch orientiert. Es ist überhaupt merkwürdig, daß diese Art der Auffassung von politischer Ansicht in gewissen Kreisen fast Mode geworden ist. Man ist Anhänger der Einheitsliste, man schwärmt für die Parteien der Einheitsliste und hegt innerlich die Hoffnung, daß schlechte Gesetze von der Minorität, von den Sozialdemokraten, schon rechtzeitig werden verhindert werden.

Diese Rechnung der Leute, die vorläufig noch Ihre Anhänger sind, hat natürlicherweise manchmal ein Loch, diese Rechnung kann nicht in jeder Beziehung und immer stimmen. Das ist ganz selbstverständlich, ganz außer Zweifel. Die Herren also, die der Meinung sind, sie müßten weiter Schwärmer für die Einheitsliste bleiben und sich dabei darauf verlassen, daß die Macht und die Stärke der Opposition schon imstande sein werde, schlechte Gesetze zu verhindern, werden im Laufe der Zeit ja doch zu der Erkenntnis kommen, wie die Situation wirklich ist.

Nun bleibt noch ein anderer Teil: Jene, die nach wie vor Ihnen anhängen, nach wie vor für Ihre Partei schwärmen, für Sie agitieren und wahrscheinlich auch weiter für Sie stimmen werden. Wir sind ja schließlich und endlich nicht neidisch, und wenn gewisse Schichten absolut kein Verständnis haben und nicht zur Besinnung kommen wollen, in Gottes Namen, so müssen wir sie schon ihrem Schicksal überlassen. Sie werden schon noch rechtzeitig daraufkommen, wer hier in diesem Hause wirklich die Interessen der gesamten arbeitenden Bevölkerung vertritt und wer ihr Feind ist.

Die Herren haben ja die Sache wiederholt so aufgepäunt, als ob die sozialdemokratische Partei eine ausgesprochene Feindin der Landwirtschaft, der Bauernschaft wäre. Es wurde aber von den Rednern der Opposition sowohl im Zollausschuß als auch hier in diesem Hause hundertfältig der Nachweis erbracht, daß von einer Feindschaft der Sozialdemokraten gegen die Landwirtschaft in keiner Weise die Rede sein kann. Wir sind mindestens so warme Freunde der Landwirtschaft, der landarbeitenden Bevölkerung wie Sie, aber es ist ein Unterschied, ein Freund der Großbauern, Großgrundbesitzer und Großindustriellen zu sein oder ein Freund der Masse der landarbeitenden Bevölkerung, der Kleinbauern und Kleinhäusler. Wer Gelegenheit gehabt hat, gestern vom Kollegen Schneeberger zu hören, wie Sie so gar kein Herz haben für die Massen der armen, ausgebeuteten Landarbeiter, der wird nicht mehr glauben, daß Sie die Interessen der wirklich arbeitenden Landbevölkerung vertreten. Wer die Debatten hier im Hause verfolgt, der wird die Überzeugung gewinnen, daß wir für die Interessen der Landwirtschaft mindestens so warm fühlen wie Sie, nur mit dem einen Unterschied, daß wir erklären, daß es die Zölle allein nicht machen können, daß die Zölle allein nicht das Allheilmittel sein können. Im Gegenteil, die Zölle, die Sie in Vorschlag bringen, nützen nur einer kleinen Schichte von Menschen, für die wir nicht einzutreten haben; das müssen wir Ihnen überlassen. Wir haben Ihnen in dieser Debatte verschiedene Vorschläge erstattet, wie auch der Landwirtschaft tatsächlich geholfen werden könnte, ohne daß auf der anderen Seite die Masse der übrigen arbeitenden Bevölkerung noch mehr notleidend wird, als das schon jetzt der Fall ist. Durch diese Zolttarifnovelle, durch die Verteuierung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel, die sich bei ihrer Auswirkung einstellen wird, erreichen wir gar nichts anderes, als daß außer den Arbeitern und Angestellten, die mit ihren bisherigen kärglichen Löhnen und Gehältern kaum ihr Auskommen finden, auch noch anderen großen Kreisen der Bevölkerung die Existenz erschwert wird. Es handelt sich dabei um jene Kreise, für die Sie immer besonders schwärmen, um den sogenannten Mittelstand, um die Gewerbe- und Handeltreibenden. Die Gewerbe- und Handeltreibenden werden genau so stark die kommende Teuerungswelle zu spüren bekommen wie die Arbeiter und Angestellten. Ja, ich möchte sogar behaupten, die Kreise des Gewerbes und Handels, des Kleinhandels ganz speziell, werden die kommende Teuerungswelle noch in wesentlich erhöhtem Maße zu spüren bekommen. Diese Kreise des sogenannten Mittelstandes haben nicht nur die gewaltige Steigerung des eigenen Haushalts zu erwarten, sondern sie müssen auch darauf gefaßt sein, daß durch den geringeren Konsum, der infolge der gesteigerten Lebens-

mittelpreise unter allen Umständen Platz greifen wird, auch ein geringerer Umsatz in dem Geschäfte zu verzeichnen sein wird. Sie werden also doppelt die Leidtragenden dieser Novelle werden, und Sie können sich vorstellen, wie angenehm diese Kreise von Ihrer Art der Gesetzgebung erfreut sein werden.

Die Arbeiter und Angestellten haben im Zollausschuß bereits vom Herrn Abg. Weidenhoffer gewissermaßen die Zusicherung erhalten, daß, wenn sich die Lebenshaltung verteuert, die Industrie dafür Sorge tragen wird, daß für diese verteuerte Lebenshaltung ein Äquivalent durch höhere Löhne geschaffen werden wird. Wir haben das im Ausschuß zur Kenntnis genommen und haben es hier wieder festgelegt, daß wir schon zur rechten Zeit anknüpfen werden, damit das, was der Herr Abg. Weidenhoffer unseren Arbeitern und Angestellten versprochen hat, auch wirklich zur Einlösung gelangt.

Was sollen aber alle anderen Kreise der Bevölkerung machen, denen der Herr Abg. Weidenhoffer keine solchen Zusicherungen geben konnte, wie die große Armee der Arbeitslosen, die heute noch immer rund 120.000 beträgt, an wen sollen sich die wenden? Wer da weiß, welche Kämpfe in diesem hohen Hause regelmäßig ausgefochten werden mußten, um die Arbeitslosenversicherung von einem zum anderen Male aufrechtzuerhalten und kleine Erhöhungen durchzusetzen, der kann sich eine lebhaftere Vorstellung davon machen, wie das werden wird, wenn sich die kommende Lebensmittelsteuerung auf die großen Kreise der Arbeitslosen in der entsprechend furchtbaren Weise auswirken wird. Dann kommen die Pensionisten, diese gewiß auch nicht beneidenswerten Leute, die werden sich gleichfalls den Riemen enger schnüren müssen. Und zuletzt kommt die große Masse der ohnehin schlecht genug gestellten Kleinrentner.

Die Kleinrentner, für die Sie durch Jahre die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit gehabt hätten, Vorsorge zu treffen, sind in einer kolossalen Bedrängnis, die sicherlich nicht kleiner werden wird, wenn sich diese Lebensmittelverteuerung in der entsprechenden Weise auswirken wird.

Nachdem ich nun diese Kreise berührt habe, die nicht in der Lage sind, die Lebensmittelverteuerung durch irgendein Äquivalent wettzumachen, komme ich nun zu den selbständigen Gewerbetreibenden und Kaufleuten. Wenn man von einem Gewerbetreibenden oder Kaufmann spricht, so war man bis jetzt gewohnt, sich darunter jemanden vorzustellen, der, wenn schon nicht ein bürgerliches, so wenigstens ein gutes kleinbürgerliches Leben führen kann, der mit einigem, noch verbliebenem Wohlstand, aber unter allen Umständen mit einer gesicherten Existenz ausgestattet ist. Mit der Vorstellung aber, daß das noch behäbige und gutsituierte Kreise sind, die die kommende Lebensmittelverteuerung mehr oder weniger leicht werden ertragen können, ist es längst vorbei.

Diese Kreise sind in der überwiegenden Masse bereits in einer solchen Situation, daß es ausgeschlossen ist, daß sie die Auswirkungen dieser Zollarisnovelle und die damit sicherlich eintretenden Preiserhöhungen allein und aus eigener Kraft zu tragen in der Lage sein werden. Es ist vollständig ausgeschlossen, daß diese Kreise die Summe von rund 200 S pro Haushalt im Jahre von ihren Einkünften werden erschwingen können. Ich werde mir gestatten, für diese meine Behauptung den klarsten und deutlichsten Beweis zu erbringen. Es ist dies deshalb vollständig ausgeschlossen, weil die Situation in diesen Kreisen in wirtschaftlicher Beziehung eine so furchtbare geworden ist, wie wir sie selbst zu träumen nicht gewagt hätten, wenn wir nicht in der Lage wären, den statistischen, den ziffermäßigen Nachweis dafür zu erbringen, was aus den schönen Berufen des Gewerbetreibenden von einstens, des Kaufmannes von ehemals in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung geworden ist. Ich habe mir schon erlaubt, im Zollausschuß einige Daten vorzubringen, mit welchen ich die Not und das Elend in diesen Kreisen einer entsprechenden Beleuchtung unterzogen habe. Ich möchte nun in einer zusammenfassenden Ergänzung folgendes zur Kenntnis bringen, und zwar aus der Statistik über die drei in Wien bestehenden Handelskammern respektive die Genossenschaft der nicht protokollierten Handelsleute. Ich will noch einige Details, die ich schon im Zollausschuße vorgebracht habe, in zusammenfassender Weise vor Augen führen.

Die jährliche Umlage in diesen drei Körperschaften mit rund 33.000 Mitgliedern beträgt 6 bis 10 S. Trotzdem mußten wegen eines solchen Betrages von 6 bis 10 S jährlich nicht weniger als 2996 Mitglieder exekutiv gemahnt werden. 793 Forderungen über diesen Betrag sind vollständig uneinbringlich geblieben. 150 Mitgliedern wurde die Leistung der Umlage von 6 bis 10 S nachgesehen, weil man in den Genossenschaften zur Einsicht gekommen ist, daß die Petenten so ärmlich situiert sind, daß sie eine Umlage von 6 bis 10 S jährlich nicht aufbringen können. Die interessanteste Ziffer in dieser Darstellung ist aber folgende: 241 Gremialmitglieder mußten wegen des Betrages von 6 bis 10 S pro Jahr gepfändet werden. So ist die Situation in diesen Kreisen, von denen man anzunehmen gewohnt war, daß sie in einer halbwegs erträglichen Existenz leben können. 684 Kaufleute haben um eine Unterstützung von durchschnittlich 5 bis 10 S bei ihren Gremien angebracht, weil sie selbst solche Beträge dringend gebraucht haben. Ein Selbständiger, ein Meister, ein kleiner Kaufmann, der sich bei seiner Genossenschaft um eine Unterstützung von 5 bis 10 S bewirbt, ist gewiß ein sehr, sehr notleidender Mensch und hat bestimmt diese paar Groschen dringend notwendig. Nicht weniger als 684 Kaufleute haben sich also um eine solche kleine

Unterstützung beworben. Daß es noch tausende ver-
 schämte Arme gibt, die um keine Unterstützung an-
 suchen, sondern lieber in Not und Elend leben und
 höchstens um die Erlassung ihrer Umlage bitten, ist
 selbstverständlich. So wurde auch 130 Mitgliedern
 die Umlage von 6 S in entgegenkommender Weise über-
 haupt erlassen, weil sie nicht in der Lage gewesen
 wären, sie zu bezahlen.

Nun wird uns bezüglich der Zolltarifnovelle aus-
 einanderzusetzen versucht, daß es sich dabei nur um
 eine Spielerei handle, daß es eine Leichtigkeit sei,
 die paar Groschen dafür aufzubringen, daß man sie
 mit einer Hand zahlen könne, daß es nicht der Rede
 wert sei, sich darüber aufzuhalten, noch weniger wert
 aber gewesen sei, daß der Zollausschuß die ganzen
 Fragen durch Monate hindurch eingehend beraten
 hatte, bevor man darangehen konnte, diese kolossale
 Belastung der arbeitenden Bevölkerung zuzumuten.

Halten wir uns nicht bloß bei dem Stande der
 kleinen Kaufleute auf, sondern gehen wir weiter und
 betrachten wir den Stand der Gewerbetreibenden.
 Ich hatte bereits im Zollausschuß Gelegenheit, an
 einer Reihe von Beispielen die bereits vollzogene
 Verelendung dieses Berufsstandes aufzuzeigen. Um
 dem Vorwurf zu entgehen, als hätte ich nur eine
 Reihe besonders schlechtgehender Gewerbe ausgesucht,
 nehme ich heute Beispiele aus anderen Gewerben,
 um Ihnen das Bild von der traurigen Lage des
 sogenannten Mittelstandes, den Sie immer für sich
 reklamieren, vor Augen zu führen.

Die Bürsten- und Pinselherzeuger sind eine kleine
 Genossenschaft von 217 Mitgliedern; die Mindest-
 umlage ist wieder 5 S pro Jahr. Wegen Bezahlung
 dieser 5 S mußten 50 exekutive Mahnungen hinaus-
 gehen und 19 von den 217 Mitgliedern mußten
 wegen dieser Umlage gepfändet werden. Das sind
 wohl Daten, die in erschreckender Weise die Not und
 das Elend dieser arbeitenden Schichten zeigen, und
 da sollte sich doch das hohe Haus ein wenig be-
 denken, bevor es diesen Schichten solche Lasten auf-
 erlegt, wie sie hier geplant werden, weil sie kein
 anderes Endergebnis haben können, als diesen Leuten
 den letzten Rest ihrer Existenzmöglichkeit zu rauben.

Die Genossenschaft der Buchbinder hat einen Mit-
 gliederstand von 767 Personen; die Umlage beträgt
 18 S pro Jahr. Die Not in diesem Gewerbe ist so
 groß, daß sie sich laut Bericht der Genossenschaft in
 einem erhöhten Krankenstande ausdrückt und die
 Krankenkasse dadurch mit ihrem Barvermögen bereits
 unter den Betrag des gesetzlichen Reservefonds ge-
 sunken ist. 461 Mitglieder sind überhaupt nicht in
 der Lage, die Krankenkassenbeiträge zu zahlen. Dazu
 kommt noch, daß der liebe, gute, christliche Bund
 den Buchbindern in den Strafanstalten Konkurrenz
 macht, so daß die Buchbinder auch noch die elende
 Existenz, die sie bisher mit Mühe und Not aufrecht-

erhalten konnten, durch die Konkurrenz der Sträflings-
 arbeiten gefährdet sehen.

Die Wäschewarenherzeuger zeigen ganz ähnliche
 Verhältnisse. Der Mitgliederstand dieser Genossen-
 schaft beträgt 7213, die Mindestumlage 2 S. Im
 Jahre 1926 haben 211 Mitglieder um Nachlaß
 dieser Umlage von 2 S pro Jahr angefragt. Exeku-
 tive Mahnungen wegen dieser Umlage sind im Jahre
 1926 1200 hinausgegangen, 1927 bereits 1600.
 Es mußten in 597 Fällen diese Umlagen einfach
 abgeschrieben werden, weil es zwecklos war, sich
 irgendwelche Spejen zu machen. Die Zahl der Unter-
 stützungsansuchen beträgt 193 und es ist ein Betrag
 von zusammen 4045 S bewilligt worden. Die Not-
 lage in diesem Gewerbe ist ganz exorbitant. Mit-
 glieder, die noch vor einigen Jahren ganz schöne
 Betriebe hatten, mußten ihre Betriebsmittel verkaufen
 oder verpfänden. Wir sehen speziell bei der Wäsche-
 erzeugung folgenden interessanten Umstand: Es werden
 ja nicht bloß die Lebensmittelzölle erhöht, sondern
 auch Industriezölle. Nun will man eben dieser
 Branche der Wäschewarenherzeuger, mit der es so
 schlecht bestellt ist, in Form von Industriezöllen
 einige der Fabrikate, die sie dringend für ihre Er-
 zeugnisse braucht, in einer ganz gewaltigen Weise
 verteuern, obwohl diese Fabrikate im Inland eigentlich
 gar nicht erzeugt werden. So sollen zum Beispiel
 die für die Wäschewarenbranche dringend notwendigen
 Tülle laut Zollvorlage von 400 auf 460 und von
 650 auf 750 Goldkronen erhöht werden, obwohl
 konstatiert ist, daß in Österreich nur eine einzige
 Fabrik mit vier Maschinen existiert und daß diese
 einzige Fabrik Waren aus dem Auslande zu beziehen
 gezwungen ist. Und zum Teil ist es so, daß sie die
 Ware weder in der verlangten Qualität noch
 in der Quantität zu erzeugen in der Lage ist.
 Trotzdem hat man im Zollausschuß eine ganz ge-
 waltige Erhöhung beschlossen und dadurch dem in
 Frage kommenden Gewerbe, der in Frage kommenden
 Wäschewarenherzeugung, von der ich Beispiele über
 ihre schwere Lage aufgezählt habe, die Existenz noch
 exorbitant erschwert, ohne daß man aber auf der
 anderen Seite irgendwie zu helfen in der Lage wäre.
 Daselbe ist bei der nächsten Position, „Spitzen“,
 der Fall. Auch hier haben wir es mit einem Artikel
 zu tun, den die Wäschewarenindustrie außerordentlich
 dringend braucht. Man sieht auch hier wiederum,
 daß wir uns im Zollausschuß vergeblich bemüht
 haben, eine Beseitigung des verlangten Zolles zu
 erzielen, trotzdem es unserem Gewerbe so miserabel
 geht, trotzdem unser Gewerbe so miserabel aussieht.

Betrachten wir weiter ein anderes Gewerbe, und
 zwar die Spenglermeister. Die Spenglermeister sind
 in einer ebenso furchtbar traurigen Situation, wie
 alle anderen Gewerbe. Sie haben einen Mitglieder-
 stand von 835, mit einer Mindestumlage von 12 S
 pro Jahr. Bei dieser Umlage von 12 S ist es es

dieselbe Geschichte. Im Jahre 1926 wurden neuerlich 24 Pfändungen wegen 12 S pro Jahr vorgenommen, angeseuchte Unterstützungen um minimale Beträge finden wir 37. Und hier bei diesem Gewerbe will ich mir gestatten, einige mir bekanntgewordene Fälle ganz außerordentlichen Glends und außerordentlicher Not mitzuteilen. Es betrifft den Fall E. samt Frau, ein Spenglermeister aus Hernals, beide Leute über 70 Jahre alt; nach mehr als 40jähriger Tätigkeit sind sie gezwungen, in die Versorgung zu gehen, das Geschäft mußte verkauft werden, weil es ertraglos wurde. Viele Spenglermeister sind schon mit Rücksicht darauf in die schwersten Verhältnisse gekommen, weil sie bei irgendeinem Bau verunglückten, zu Krüppel wurden und weil sie dann als Selbstständige nicht mehr in der Lage sind, eine entsprechende Unterstützung von irgendeiner Seite erhalten zu können.

Das nächste Gewerbe, das sich hier würdig anreicht, in puncto Glend, in dem es sich befindet, ist die Genossenschaft der Riemer. Wir haben hier einen Mitgliederstand von 137, die Umlage beträgt 8'50 S. Im Jahre 1926 wurde in sechs Fällen diese Umlage vollständig nachgelassen, bei 22 dieser 137 Mitglieder mußte wegen der 8'50 S pro Jahr gepfändet werden. Im Jahre 1926 wurden überdies 44 Mitglieder noch separat mit einem kleinen Betrag unterstützt. Dieses Gewerbe konstatiert, daß seit 40 Jahren keine so traurigen Verhältnisse bestehen wie jetzt, und gerade diesen Tiefstand unserer wirtschaftlichen Not und unseres wirtschaftlichen Glendes wollen Sie dazu benutzen, um solche Vorlagen zu machen, wie diese Zolltarifgesetznovelle, die uns die Existenz überhaupt zum großen Teil unmöglich machen wird.

Es kommt nun die Ledergalanteriewarenherzeugung. Das ist ein sehr interessantes Kapitel, weil ich im Nachtrag zur Schilderung der Situation dieses Gewerbes hier Mitteilungen zu machen habe über die Beschlüsse des Zollausschusses, welche Beschlüsse auch hier zur Annahme gebracht werden sollen. Diese Ledergalanteriewarenherzeuger sind zu 60 Prozent bereits Heimarbeiter, sie können nur so existieren, daß die ganze Familie mitarbeitet. Das ist die einzige Möglichkeit der Aufrechterhaltung ihrer Existenz. Nun kommt der Zollausschuß auch hier mit einem Antrage auf Zollerhöhung für Taschenmesser und Nagelpflegeinstrumente. Nagelpflegeinstrumente werden zwar in Österreich nicht erzeugt, sind aber für diese Ledergalanteriewarenherzeugung notwendig, weil diese Branche, die einen ziemlich bedeutenden Teil unseres Exportes ausmacht, diese Instrumente für die Adjustierung ihrer Kassetten braucht. Nun bemüht man sich, diesen noch bedeutenden Teil unseres Exportes durch die Zolltarifnovelle gleichfalls umzubringen, indem auch für Nagelpflegeinstrumente eine gewaltige Erhöhung des Zolles, nämlich von 150 und 200 auf 320 pro 100 Kilogramm zu setzen sich anschickt

und dadurch dieser Branche, die gleichfalls so elend daran ist wie alle anderen vorgeführten, die Existenz unmöglich macht. Die Genossenschaft der Lederhändler hat gegenüber 450 Mitgliedern im Jahre 1920 heuer nur mehr 341 Mitglieder. 109 Mitglieder sind also im Laufe einiger Jahre vollständig zugrunde gegangen und mußten aus den Listen gestrichen werden, weil sie keine selbstständige Existenz mehr führen konnten; sie mußten das Gewerbe aufgeben. Von den übriggebliebenen 341 Mitgliedern sind 94, also fast ein Drittel, nicht in der Lage, die Umlage von 20 S zu bezahlen. Teils wurden sie gepfändet, teils hat man eingesehen, daß der Betrag einfach uneinbringlich war. Bei 30 Mitgliedern ist die Pfändung vollständig ergebnislos geblieben. Im Jahre 1926/27 mußten 51 Mitglieder ihre Zahlungen einstellen. Nur 34 Mitglieder sind überhaupt in der Lage, einen Gehilfen zu beschäftigen. Viele Ansuchen um Unterstützung mußten von der Genossenschaft abgewiesen werden, weil sie keine Mittel besitzt.

Die Genossenschaft der Metallschleifer ist eine sehr kleine Genossenschaft, aber deswegen auch ganz interessant. Obwohl sie nur 90 Mitglieder hat, beträgt die Umlage 30 S. Mit dieser Umlage sind 70 von den 90 Mitgliedern seit einem vollen Jahre im Rückstand, 32 haben seit zwei Jahren die Umlage nicht bezahlt, 22 sind seit drei Jahren im Rückstand und 2 Mitglieder sind bereits seit fünf Jahren mit dieser verhältnismäßig geringfügigen Umlage, die gesetzlich vorgeschrieben ist, im Rückstand; 54 Mitglieder haben um Stundung dieser Umlage angesucht und 72 Mitglieder schulden der Krankenkasse die Beiträge, weshalb sie exekutiert werden mußten.

Die Genossenschaft der Tischler hat 4370 Mitglieder. Die Umlage beträgt 1'50 S pro Monat inklusive den Beitrag zu einem Kreditfonds. In jedem Monat hat diese Genossenschaft einige Ansuchen um Ermäßigung oder Erlassung dieser Umlage zu verzeichnen. 20 Prozent der Mitglieder sind mit der Umlage ständig im Rückstand und 250 Mitglieder suchen jährlich um Unterstützungen an. Die Meisterkrankenkasse hat einen Monatsbeitrag von 3 S, und da sind von ihr im Jahre 1927 527 Mahnungen hinausgegangen, und 76 dieser Tischlermeister mußten um diesen Betrag von 3 S von der Krankenkasse gepfändet werden, weil diese Mitglieder der Genossenschaft der Tischler nicht in der Lage waren, diesen Betrag zu bezahlen.

Nun kommt ein noch interessanterer Bericht aus dieser Genossenschaft, der besagt, daß 40 Meister der Genossenschaft im Versorgungshause Lainz ihre Zuflucht suchen mußten und 20 im Bürgerversorgungshaus untergebracht sind. So also sieht der ehemals so sehr beneidete Gewerbe- und Kaufmannsstand heute aus! Am Ende seiner Tage muß der Gewerbetreibende in den Fürsorgeanstalten der von ihm so sehr verlästerten und beschimpften Gemeinde Wien

Zuflucht nehmen, die Selbständigen müssen, wenn sie die Möglichkeit ihrer Existenz erhalten wollen, ihre letzten Tage im Lainzer Versorgungshaus oder im Bürgerversorgungshaus zubringen. Und derart situierten Schichten und Ständen mutet man solche Gesetze zu und glaubt, daß wir ruhig zusehen werden, wenn solche schädigende Gesetze beschlossen werden! Davon kann keine Rede sein, daß wir uns das ruhig gefallen lassen, wir erheben den energischsten Protest dagegen, daß derart situierte Kreise, die schon bisher eine kärgliche Existenz hatten, nunmehr solche Verteuerungen über sich ergehen lassen sollen, die sie um die letzte Möglichkeit bringen, ihr Leben fortzuführen.

Die Verelendung dieser Stände infolge Ihrer Tätigkeit ist unaufhaltsam, und Tausende von Existenzen, die sich heute noch mit Ach und Krach aufrechterhalten, werden neuerlich zugrunde gerichtet, und, so weit sie es noch nicht sind, proletarisiert werden. Nun machen Sie uns Sozialdemokraten seit Jahren den Vorwurf, daß wir den Kaufmanns- und Gewerbestand proletarisieren wollen. Sie unterscheiden uns diese Absicht. Selbst wenn dies so wäre — es ist aber nicht wahr —, dann besteht noch ein gewaltiger Unterschied zwischen uns und Ihnen. Wir wollen diese Stände angeblich proletarisieren, durch Ihre Politik und Taktik aber haben Sie tatsächlich diese Stände proletarisiert und proletarisieren sie noch ununterbrochen weiter.

Wir können natürlich als Minorität nichts anderes tun als die entsprechenden Kreise aufmerksam machen, welche ungesunde Wirtschaftspolitik hier getrieben wird, die die ganze Geschäftswelt in einer Weise schädigt, die man sich ärger gar nicht denken kann. Beweis dessen, daß eine Schichte, von der ich jetzt nicht gesprochen habe, weil ich schon im Ausschusse Ziffern darüber angab, in dem schon bisher so furchtbar schweren Kampfe keine andere Rettung mehr sah, als zu dem letzten Mittel zu greifen, das auch der Arbeiterschaft nur übrigbleibt, wenn sie keinen anderen Weg mehr hat, um zu einer besseren Lebensmöglichkeit oder überhaupt zu einer Lebensmöglichkeit zu gelangen. Diese Schichte, die Schneidermeister, mußte in den letzten Monaten zu dem letzten Auskunftsmitel der Arbeiterschaft: dem Streik, greifen, um ihre Existenz weiter aufrechterhalten zu können. Zu dem Mittel des Streiks, das in Ihren Kreisen so verpönt ist, mußten diese Leute greifen, die zum Teil noch immer Ihre Anhänger und Wähler sind. Auch diese Schichten sind bereits so verelendet, daß für sie weit und breit keine andere Hilfe zu sehen war. Meine Herren, Sie haben für den Handel und das Gewerbe bei verschiedenen Anlässen sicherlich sehr viel Lob und Anerkennung übrig — allerdings nur in der Theorie. In der Praxis schaut die Sache wesentlich anders aus. Wie es in der Praxis aussieht, davon kann man in diesem hohen Hause ein

richtiges Bild gewinnen. In der Praxis werden die denkbar schlechtest sich auswirkenden Gesetze vorgelegt und zum Beschlusse erhoben. Wir werden uns noch erlauben, in der Spezialdebatte auf die Einzelheiten dieses schönen Zolltarifs einzugehen und aufzuzeigen, wie sehr die einzelnen Gewerbe durch die von Ihnen vorgeschlagenen Zölle noch mehr notleidend werden müssen. Wir werden auch in der Spezialdebatte Gelegenheit haben auseinanderzusetzen, wie es im Zollausschuß bei den einzelnen Positionen zugegangen ist und wie man sich über unsere Argumente hinwegzusetzen beliebt hat. Ich verweise nur auf den einen Fall, wo Sie sich im Unterausschuß unseren Argumenten beugen und fügen mußten und wo dann, als die Sache an die Gesamtheit des Zollausschusses gelangte, die betreffenden guten Freunde bereits genügend vorgearbeitet hatten, so daß die Zölle, die im Unterausschuß bereits gefallen waren, neuerlich in Beratung gezogen wurden und zur Annahme gelangten. Über diese Vorgänge im Zollausschuß werden wir uns gestatten, in der Spezialdebatte Entsprechendes mitzuteilen. Im allgemeinen möchte ich den Ausführungen gegenüber, mit denen ich mich eingangs meiner Rede auseinandergesetzt habe, besonders gegenüber der Meinung des Herrn Abg. Pistor, daß man diese hohen Zölle für die Landwirtschaft brauche, damit die Situation eine bessere werde, nochmals betonen, daß wir entgegengelegter Ansicht sind, daß wir glauben, daß die exorbitanten Erhöhungen der Zölle sowohl auf Agrar- wie auf Industrieprodukte für unsere Wirtschaft äußerst gefährlich sind. Wir sind der Meinung, daß es für die Regierung und die Majorität wesentlich vorteilhafter wäre, wenn sie sich darum bemühen würden, daß unsere heute noch exportfähigen Industrien ihren Absatz erhöhen können. Ihre Politik wird aber das Gegenteil herbeiführen: die Industrien, die bei uns noch halbwegs aufrechtgeblieben sind, die Gewerbe, die sich heute noch mit Mühe und Not fortsetzen, werden um die letzte Möglichkeit gebracht werden, den Export aufrechtzuerhalten. Wenn man sich allen hier in Betracht kommenden Ländern gegenüber mit hohen Zöllen schützt, so ist mit Sicherheit zu erwarten, daß diese Länder, besonders Ungarn, Jugoslawien und Polen sich in der Weise revanchieren werden, daß sie auch den letzten Rest unserer Industrie von ihren Ländern fernhalten werden. Wir haben heute noch ganz prächtige Industrien in unserem Lande, die Ledergalanteriewarenindustrie, die Konfektionsindustrie, die Möbelbranche — lauter tadellose Industrien, die, wenn sich die hohe Regierung und die Majorität in diesem Hause bemühen würden, mit den Nachbarländern ein Übereinkommen nach der Richtung zu erzielen, daß man nicht bloß trachtet, die Agrarzölle möglichst hoch zu schrauben, und nur dieses eine Interesse im Auge hat, sondern daß man auch dahin trachtet, es unserer Konfektionsindustrie, unserer Möbelindustrie usw. zu erleichtern,

ihren Export in diese Länder zu bringen, ganz gewiß auf eine noch höhere Stufe der Entwicklung gebracht werden könnten. Es würde uns damit bestimmt mehr geholfen sein, und es würde in wirtschaftlicher Beziehung bestimmt besser werden als heute. So aber haben Sie für die Exportmöglichkeiten gar kein wie immer geartetes Interesse, ja Sie überlassen es sogar der Gemeinde Wien, sich dafür zu interessieren, daß wenigstens der Export nach Rußland in Angriff genommen wird, daß wenigstens ein Teil unserer Industrie und unseres Gewerbes die eine Möglichkeit haben — wenn schon jede andere Exportmöglichkeit durch Ihre Tätigkeit in diesem Hause abgeschnitten wird —, durch die Hilfe der Wiener Gemeinde nach Rußland zu exportieren. Das wäre doch in erster Linie eine Tätigkeit des Bundes, eine Tätigkeit der Regierung, die hier sitzt, diese Regierung hätte die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, nach der Richtung hin Vor Sorge zu treffen, daß es unserer Industrie, unserem Gewerbe und unserem Handel besser gehe, und doch hat sie selbst die Möglichkeit veräußert, dafür zu sorgen — so wie es das Deutsche Reich schon vorher getan hat —, daß wir in Österreich in die Lage kommen, die russische Exportmöglichkeit auszunutzen. Hier wird eine ganz verkehrte Politik gemacht, eine Politik, die, statt uns aus unserer Not und unserem Elend herauszuführen, uns in ein immer größeres Elend hineinbringt.

Infolgedessen werden wir gegen diese Zolltarifnovelle bis zum letzten Moment, wo sie nicht tatsächlich zum Beschluß erhoben ist, ankämpfen. Und wenn wir in diesem Kampfe sehen, daß wir nicht allein bleiben, daß draußen bereits ein Echo zu vernehmen ist, daß beispielsweise eine der Genossenschaften, die bis jetzt stramme Anhänger der Parteien der Einheitsliste waren, daß die Genossenschaft der Schuhmachermeister — eine große Genossenschaft — vor kurzem eine Versammlung abgehalten hat und in dieser ein einstimmiger Protest gegen die Zolltarifgesetzgebung, wie sie im hohen Hause geplant wird, angenommen wurde, so ist das ein kleiner Trost für uns — der uns beweist, daß wir in unserer Politik auf dem richtigen Wege sind, daß wir nicht umsonst arbeiten, wenn wir diese Stände aufklären und für sie arbeiten. Und ein weiterer Trost ist für uns darin gelegen: Wenn Sie auch nicht mit sich reden lassen, wenn auch alle Mahnungen, alle Warnungen vor einer solchen Gesetzgebung in den Wind gesprochen sein sollten, den einen schwachen Trost haben wir — neben der Aufklärung der breiten Massen —, daß Sie durch diese Politik, daß Sie auf diese Art und Weise früher und später selbst den Akt abjagen, auf dem Sie sitzen. *(Beifall und Händeklatschen. — Während vorstehender Rede hat Präsident Eldersch den Vorsitz übernommen.)*

Dr. Weidenhoffer: Hohes Haus! Will man den richtigen Ausgangspunkt für die Beurteilung

des vorliegenden Gesetzentwurfes finden, so muß man meiner Meinung nach von dem Zolltarifgesetz des Jahres 1924 und von der seitherigen Entwicklung ausgehen. Tut man dies, so sieht man, daß wir im Jahre 1924 einen Freihandelstarif aufstellten — einen Freihandelstarif in der Meinung und Überzeugung, daß wir zwar als das kleinste Land Europas als erste diesen Versuch unternehmen, daß uns aber dann die großen und kleinen Staaten Europas begeistert nachfolgen werden. Wir haben trotz aller Versprechungen und trotz aller scheinbar günstigen geistigen Verfassung Europas für derartige Bestrebungen eine sehr bittere Enttäuschung erlebt. Denn von Deutschland angefangen über die Tschechoslowakei, Ungarn, Italien sind alle Länder Europas, ob groß oder klein, unseren Spuren leider nicht gefolgt, haben keine Freihandelstarife, sondern ungeheure Hochschutzzölle aufgestellt und uns dadurch in eine vollkommen isolierte Lage in Europa gebracht. Ein solcher Hochschutzzoll, eine solche Mauer, die um ein großes Produktions- und Absatzgebiet errichtet werde, hat aber für die kleinen mangelhaft oder nicht geschützten Staaten zwei sehr üble Folgen. Sie wirkt doppelt: sie wirkt erstens insofern, als sich die Produktion in dem großen, zollgeschützten Gebiet auf Massenerzeugung und Massenabsatz in vollkommen geschützter Lage einrichten und infolgedessen ihren Produktionsapparat außerordentlich ausbauen, steigern und leistungsfähig machen kann; gleichzeitig aber ist dann diese Produktion in der Lage, nach dem kleinen, mangelhaft geschützten Nachbargebiet zu Dumpingpreisen ihre Waren abzugeben, allerdings nur so lange, bis sie die betreffende Produktion in diesem kleinen Gebiete niedergetreten hat, um dann als Preisdiktator dazustehen. Wir sehen daher, daß in diesem Wettbewerbe aller gegen alle die Preise in den Ländern, die durch Hochschutzzölle geschützt sind, über der Weltparität gehalten werden, während nach dem mangelhaft geschützten, kleinen Nachbarstaat unter der Weltparität exportiert und auf diese Art und Weise die Produktion des Nachbarstaates ruiniert wird. Derartige Verhältnisse müssen, wenn sie ausreifen, wenn sie jahrelang dauern, wenn alle Welthandelskonferenzen nichts als fromme Wünsche bleiben, naturgemäß in dem kleinen, wenig geschützten Lande dazu führen, daß man, wenn man schon die Produktion des großen Nachbarstaates nicht mit gleichen Mitteln bekämpfen kann, doch wenigstens für die Produktion des eigenen Staates den inländischen Markt zu reservieren, zu erhalten und wiederzuerobern trachtet. Und das, meine verehrten Damen und Herren, ist auch der einzige Zweck und das einzige Ziel, das der Zolltarifnovelle, die uns zur Beratung vorliegt, zugrunde liegt. Nun wird uns eingewendet: Ja, Sie wollen unsere heimische Produktion nur dadurch stützen und fördern, daß Sie hohe Zölle einführen, sonst gar

nichts. Das ist falsch, worauf schon von einigen meiner Vorredner wiederholt hingewiesen wurde. Gewiß anerkennen auch wir, daß hohe Zölle allein die Produktion nicht aufrichten, nicht stärken, nicht erhalten können. Die Zölle allein gewiß nicht! Aber es ist ebenso richtig, daß ein entsprechender Zollschutz unter den Verhältnissen, wie ich sie vorher geschildert habe, die allererste Voraussetzung dafür ist, daß überhaupt Produktionsförderung in diesem Lande getrieben werden kann. Deshalb suchen wir die Erfüllung dieser allerersten Voraussetzung, so gut es geht, nachzuholen, weil wir uns eben in einem Irrtum befunden haben, weil wir im Jahre 1924 falsch kalkuliert haben, weil wir von den Ereignissen überrascht, überrannt wurden. Wenn Sie, meine verehrten Damen und Herren, ein praktisches Beispiel sehen wollen, wohin uns der mangelnde Zollschutz, den uns das Jahr 1924 brachte, führt, so ist das wiederholt erwähnte Mehlfartell ein glänzendes Beispiel dafür. Sehen Sie, als es noch keinen Zoll bei uns gab, da hatten wir — im Jahre 1924 — eine Weizenmehleinfuhr von 2·2 Millionen Meterzentner. Kaum war im Jahre 1925 ein Zollschutz von 3 Goldkronen bei Mehl eingeführt, sank die Einfuhr auf 0·9 Millionen Meterzentner. Die Einfuhr sank also auf weniger als die Hälfte dessen, was wir ohne Zollschutz an Einfuhr gehabt hatten. Nun kam aber der ungarische Handelsvertrag, durch den der Zoll auf Mehl ungefähr auf die Hälfte reduziert wurde, und sofort steigt die Weizenmehleinfuhr im Jahre 1926 wiederum auf 1·4 Millionen Meterzentner. Man sieht also, welche Wirkungen der Zoll, als er sich auswirken konnte, hatte, wie sehr er unserer Mehlerzeugung nützte und wie seine Herabsetzung im Handelsvertrag sofort wieder eine rückläufige Bewegung zur Folge hatte.

Und nun besteht dieser Zustand: wir haben mit Ungarn einen gültigen Handelsvertrag, wir haben einen ungenügenden Zollschutz unserer Mühlen, und die Folge davon ist, daß wir jetzt mühselig mit Ungarn verhandeln müssen. Die Ungarn berufen sich darauf, daß sie in den verfloffenen Jahren durchschnittlich 900.000 Meterzentner zu uns eingeführt haben — nebenbei bemerkt, haben auch die Rumänen und die Jugoslawen eingeführt —, und die Ungarn sagen nun: Wenn ihr eine Änderung haben wollt, dann müßt ihr Kompensationen dafür geben. Und eine der versuchten, aber nicht durchgeführten Kompensationen waren eben die Verhandlungen über ein Mehlfartell, in welchem die Quote der Ungarn von 900.000 auf 600.000 Meterzentner hätte herabgesetzt werden sollen. Selbstverständlich haben da die Ungarn nicht ohne weiteres zugestimmt und gesagt: Wir werden in Zukunft nur 600.000 Meterzentner einführen, und wir machen dieses Zugeständnis gratis und franko, weil uns euer Gesicht gefällt, sondern

sie versuchten jene Kartellbestimmungen durchzusetzen, wonach für die Einfuhr an Mehl eine Rückvergütung aus dem erhöhten Zoll hätte gezahlt werden sollen. Gewiß sind das gewagte und merkwürdige Konstruktionen. Als das Mehlfartellübereinkommen dem Zollausschusse vorgelegt wurde, hat man sich und hat sich auch die Regierung überzeugt, daß dieses Geschäft für uns kein gutes Geschäft wäre, und so wurde es fallen gelassen.

Aber wenn der Herr Präsident Elbersch gesagt hat, man sei zu dem wahnsinnigen Gedanken gekommen, einen Mehlsoll von soundso viel einzuheben und 3 Goldkronen an die Ungarn aus den Taschen der österreichischen Konsumenten rückzuerstatten, so sehen Sie nur, in welcher ungeheuerlichen und unerträglichen Zwangslage wir dadurch gebracht worden sind, daß unser Zollschutz ein unzureichender war und daß sich infolge dieses unzureichenden Zollschutzes die ungarische Mehleinfuhr bei uns so festsetzen konnte. Dabei war diese Einfuhr von ungarischem Mehl, wie ich hervorheben möchte, durchaus nicht eine natürliche und gesunde. Sie alle wissen, daß die Ungarn zu uns das Nullermehl tief unter dem Selbstkostenpreis hereingeschleudert haben, daß sie sich für dasselbe Mehl auf ihrem inländischen hochgeschützten Markte schadlos hielten und überdies noch bei den Futtermitteln und allen dem Nullermehl nachfolgenden Sorten. Man hat also zu uns das Nullermehl unter der Weltmarktparität hereingeschleudert und auf diese Art und Weise unsere Mühlenindustrie vollständig lahmgelegt, so daß wir schließlich und endlich einen Versuch unternehmen müssen, diesen Verhältnissen ein Ende zu machen.

Nun machen wir diesen Versuch, und nun wird uns vorgehalten, daß man andere Mittel hätte. Es wird insbesondere vom Getreide- und Mehlmopol und davon gesprochen, daß man auf diese Art und Weise einen Ausgleich schaffen könnte, daß bei diesen Produkten ausgeglichene Preise herrschen könnten und daß infolgedessen der Bauer auf seine Kosten käme und es nicht notwendig wäre, im Wege der Zollerhöhungen diese Wirkungen zu suchen.

Vor allem möchte ich hervorheben, daß alle Länder, in denen das Monopol besteht, also zum Beispiel Norwegen, von dem so viel geredet wurde, nur einen verschwindend kleinen Teil des Eigenbedarfes durch eigene Erzeugung decken, während bei uns in Österreich der Bedarf an Korn zur Gänze, der Weizenbedarf zu mehr als der Hälfte durch eigene Produktion gedeckt ist; der Hafer wird vollständig im Inland erzeugt, von der Gerste wird alles, was zur Fütterung gebraucht wird, im Inland gewonnen, und nur ein Teil der Braugerste wird eingeführt. Unsere Verhältnisse lassen sich also mit denen von Norwegen in gar keiner Weise vergleichen.

Aber abgesehen davon: vielleicht würde mit einem Monopol ein Ausgleich der Preise eintreten, aber

damit wäre auch eine vollständige Ruhe in der Produktion, ein Winterschlaf, eingeführt. Denn wenn ich als Produzent gesichert bin, daß ich, wie immer ich wirtschaftete, trotzdem einen genügenden Preis für das von mir Geerntete habe, so werde ich selbstverständlich mit der Zeit in eine absolute Lässigkeit verfallen, in eine Art Winterschlaf versinken. Doch gerade das Gegenteil müssen wir anstreben, wir müssen die Intensivierung der Landwirtschaft verlangen, wir müssen die Mehrerzeugung auf unsere Fahne schreiben. Mehrerzeugung und Intensivierung sind aber nur bei einer individuellen Wirtschaft möglich und nicht bei einer Wirtschaft, die durch ein Getreide- und Mehlmopol halb und halb sozialisiert erscheint. Wir wollen Bewegung, wir wollen Steigerung der Produktion, und das ist nur bei der individuellen Wirtschaft möglich, wenn gleichzeitig den Erzeugnissen des Nachbarn, dem unlauteren Wettbewerb des Nachbarn, ein Ziel und Ende gesetzt wird.

Von den Schlachtviehzöllen wird gesagt, daß sie den Konsum der Bevölkerung um pounds viel verteuern werden. Auch das ist unrichtig. Das Schlachtvieh ist kein Stapelartikel, ist kein Weltmarktfartikel. Diejenigen, die Schlachtvieh produzieren, sind auf bestimmte Märkte angewiesen, und unsere Nachbarn, die Schlachtvieh produzieren, sind in hohem Grade auf den Wiener Markt angewiesen, müssen auf dem Wiener Markt ihr Schlachtvieh anbringen, oder sie können es überhaupt nicht anbringen. Die Folge davon ist, daß das Ausland die erhöhten Zölle zumeist oder vielleicht ganz wird auf sich nehmen müssen, weil ihm noch immer der Wiener Markt lockend genug erscheint, ihn nach wie vor zu beschicken, selbst wenn es die höheren Zölle zu tragen haben wird. Wir werden einfach die Ausfuhrprämie, die wir durch unsere geringen Zölle dem Auslande gewähren, in Zukunft nicht mehr bezahlen. Das wird der ganze Unterschied sein.

Daß das Schlachtvieh kein Weltmarktfartikel, sondern auf ganz bestimmte Märkte angewiesen ist, darüber belehrt uns der so viele Jahre zurückliegende Streit der österreichisch-ungarischen Monarchie mit Serbien, der schließlich in seinen letzten Auswirkungen mit eine Ursache des Weltkrieges war. Die Serben fühlten sich dadurch außerordentlich bedrängt, daß sie mit ihrem Schlachtvieh die österreichischen Märkte nicht mehr entsprechend auffuchen konnten.

Wir brauchen also nicht zu bangen, daß weniger Vieh wird aufgetrieben werden und daß daraus irgendeine besondere Preissteigerung erfolgen wird. Nein, wir werden bloß unserer eigenen produzierenden Landwirtschaft unter die Arme greifen. Unsere Landwirtschaft wird eine Hilfe erfahren, und diese Hilfe und die gesteigerte Konsumfähigkeit der Landwirtschaft wird sich auf alle anderen Produktionszweige segensreich auswirken.

Es wird auch davon gesprochen, daß die autonomen Zölle, die wir jetzt einführen wollen, schließlich, wie man aus der Erfahrung weiß, mitunter auch Wirksamkeit werden können. Es wird darauf hingewiesen, daß wir einige Monate in einem Zollkrieg mit der Tschechoslowakei uns befanden und daß während dieser Zeit die autonomen Tarife tatsächlich in Anwendung waren. Natürlich waren sie in Anwendung. Aber was hatten sie zur Folge? Sie hatten zur Folge, daß die Tschechen einsahen, daß sie mit uns doch wenigstens halbwegs auf dem Fuße der Gleichberechtigung werden verhandeln müssen, und daß wir zu einem Handelsvertrage mit ihnen kamen, der noch immer lange nicht das Ideal ist, der noch immer von einer Art Siegergeste der Tschechen diktiert ist, der aber doch bereits bedeutend erträglicher und besser sich für uns gestaltet.

Und die Ungarn? Sie wissen, daß wir mit den Ungarn in angenehme Verhandlungen wegen einer Erleichterung des Handelsvertrages getreten sind, ohne den alten Handelsvertrag kündigen zu müssen, nur durch die Aussicht, daß nunmehr höhere autonome Zölle bei uns bewilligt werden sollen und daß im Falle einer Kündigung des Handelsvertrages diese höheren autonomen Zölle auch zur Anwendung kommen könnten. Es ist also ein wirksames Mittel, den autonomen Zolltarif zu erhöhen, um bessere handelspolitische Verhältnisse mit den Nachbarstaaten zu schaffen, und wir wären töricht, wenn wir davon nicht Gebrauch machten.

Dann wird uns gesagt: Wozu braucht ihr beim Schlachtvieh 15 Goldkronen, wenn zwischen dem Handelsvertragszoll von 5 Goldkronen und dem autonomen Zoll von 12 Goldkronen ohnehin eine genügende Spannung besteht, um günstige Handelsverträge zu erwirken? Die fremden Unterhändler seien ja größtenteils ehemalige österreichische Ministerialbeamte und auch schlau und gewitzt genug, um diese Zollansätze richtig einzuschätzen. Mit Verlaub, meine geehrten Damen und Herren: die Unterhändler sind natürlich gewiegte Volkswirte, mit denen sich reden ließe; aber hinter ihnen steht ja die verhezte Öffentlichkeit des eigenen Staates, stehen die Produzenten, die auf den Absatz zu uns angewiesen sind oder auf ihn reflektieren und ihnen vorwerfen, warum sie den autonomen Zoll nur um einen so geringen Betrag herunterdrücken konnten. Die Agitation und Demagogie herrscht ja überall, nicht nur bei uns, und namentlich dort, wo nicht einige wenige, sondern die Volksmenge letzten Endes entscheidet, wo also Demokratie herrscht. Infolgedessen muß man Voraussetzungen schaffen, die den Abschluß für uns erträglicher und vorteilhafter Handelsverträge ermöglichen.

Herr Präsident Eiberich war so liebenswürdig, möchte ich sagen, hier zugeben, daß Industriezölle sich in dem Fall nicht auswirken, wenn die Industrie in der Lage ist, den Bedarf mit inländischen

Erzeugnissen vollauf zu befriedigen, wenn also die Autarkie in den Artikeln, bei denen eine Zollerhöhung stattfindet, gegeben ist. Nun möchte ich darauf hinweisen, daß gar keine anderen Industriezölle zur Erhöhung vorgeschlagen werden, als eben Zölle auf solche Artikel, bei denen unsere Industrie in der Lage ist, den ganzen inländischen Bedarf zu decken und darüber hinaus noch zu exportieren. Diesen Industrien kommt es darauf an, ihre Produktionsanlagen voll auszunutzen. Wenn sie vollbeschäftigt sind und ihre Anlagen besser ausnützen können als jetzt, so bedeutet das Abnahme der Arbeitslosigkeit, Mehrverdienst, Verbesserung der Handelsbilanz und natürlich auch unserer Zahlungsbilanz, Belebung unserer ganzen Volkswirtschaft. Natürlich färbt die Steigerung der industriellen Produktion auch günstig auf die Produktionsverhältnisse der anderen Produktionszweige ab.

Überdies aber haben wir bei zwei der wichtigsten Artikel, bei denen Zollerhöhungen in Frage kommen, auch noch Bindungsklauseln im Zollausschuß beschlossen, die allerdings auch einer Kritik dahingehend unterzogen wurden, daß sie nicht stringent, nicht bindend genug sein und sich nicht bewähren würden. Ich habe selbst an diesen Bindungsklauseln viele Wochen mitgearbeitet, es war nicht leicht, das Prinzip einer solchen Bindungsklausel und namentlich auch die richtige legislative Fassung zu finden, damit keine Masche offen bleibt und die Bindungsklausel tatsächlich wirksam werden kann. Ich glaube, daß diese Bindungsklauseln gut sind. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß auch die verehrte Opposition in diesem Fall in dankenswerter Weise mit am Werke war, daß ein eigenes Redaktionskomitee, dem ein hervorragendes Mitglied der Opposition angehörte, diese Bindungsklauseln noch einer letzten Redaktion unterzog.

Gerade auf Antrag dieses Herrn wurden noch verschiedene Bestimmungen aufgenommen, von denen ich nicht sagen will, daß sie absolut notwendig waren, aber man wird zugeben müssen, daß nicht der geringste Widerstand bestand, diesen Wünschen Rechnung zu tragen. Man hat ihnen Rechnung getragen, weil wir froh sind, wenn die Opposition sachlich mitarbeitet. Wir haben also solche Bindungsklauseln geschaffen.

Das wichtigste aber ist, daß diese beiden Artikel, der Zement und die Speisefette und Öle, so geartet sind, daß die Produktion bemüht ist, in diesen beiden Artikeln so billig als möglich zu sein, daß es ihr wesentlichstes und wichtigstes Interesse ist, daß der billige Preis aufrechterhalten werden kann, damit der Konsum möglichst gesteigert wird. Sie erblickt in dem gesteigerten Konsum einen weitaus größeren Vorteil für sich als in einer vielleicht etwas erhöhten Preislage der Ware, welche erhöhte Preislage der Ware nur zur Folge hätte, daß einerseits der Konsum zurückgeht, andererseits der Anreiz des Auslandes, mit Über-

sprungung auch der erhöhten Zollschranken in Österreich sich wieder festzusetzen, um so mehr gesteigert würde.

Wenn Sie da die Verhältnisse, wie sie sind, einen Augenblick betrachten wollen, so will ich Ihnen die Zollverhältnisse bei Zement vor Augen führen. Zement ist bei uns geschützt mit einem Zoll von 1'15 S, in Ungarn mit 2'16, in Italien mit 2½, in Deutschland mit 2'53, in der Schweiz mit 2'74 S, in der Tschechoslowakei mit 3'41, in Polen mit 3'42, in Jugoslawien mit 6'88. In Jugoslawien besteht also ein Zoll auf Zement, der dem Preis des Zements gleich ist oder ihn sogar übersteigt, so daß die österreichische Industrie, selbst wenn sie nach Jugoslawien den Zement umsonst hergeben würde, dort noch immer nicht preiswert wäre, weil der Zoll allein höher ist als der Preis des Zements. Unter solchen Verhältnissen existiert bei uns die Zementindustrie, ist nur zur Hälfte ihrer Kapazität ausgenutzt, sie erzeugt nur halb so viel Zement, als sie erzeugen könnte, und steht ununterbrochen unter der Drohung, daß der fremde Zement hereinkommt. Es wurden auch im verflossenen Jahre nicht weniger als 1700 Waggon eingeführt. Die Zahl von 1700 Waggon ist gewiß nicht überwältigend, aber sicher ist das eine, daß diese Industrie nur bestehen kann, wenn sie weiter investiert und sich auf der Höhe der Leistungsfähigkeit erhält. Es ist ein unmöglicher und bedrückender Zustand, wenn ich investiere, wenn ich ungeheure Gelder, viele Millionen Schilling in meine Anlagen hineinstecke unter der fortwährenden Gefahr und Drohung, daß der fremde Zement die ganz unzulänglichen Zollschranken überspringt und mich mit Dumpingpreisen, die tief unter den dortigen Inlandpreisen stehen, die tief unter den Weltmarktpreisen stehen, überschwemmt. Zur Hälfte ist diese Industrie nur noch beschäftigt. Sollen wir weiter zusehen, wie sie verdorrt, sollen wir weiter zusehen, wie die Investitionstätigkeit nicht jenen Schwung nimmt, den sie nehmen könnte? Nein! Wenn wir wissen, wenn wir uns dessen durch Bindungsformeln auch noch vergewissern, ganz abgesehen von der volkswirtschaftlichen Einsicht, daß es der Industrie um nichts anderes zu tun ist als um die Behauptung des inländischen Marktes — wenn wir also wissen, es wird keine Verteuerung entstehen, warum sollen wir den ersetzten Schutz, die ersetzte Sicherheit der Industrie nicht bieten? Sollen wir mithelfen, daß noch weitere Öfen zum Stillstand kommen und noch weitere Arbeiter entlassen werden? Es wäre volkswirtschaftlich unverantwortlich, wenn wir so handeln würden.

Daher haben wir uns entschlossen, den Zollschutz für die Zementindustrie autonom auf 1'80 zu steigern. Damit bleiben wir noch immer weit hinter dem Zollschutz der anderen Zementindustrien und hoffen, dabei doch so weit gegangen zu sein, daß sich diese

Industrie bei uns wird entwickeln können, ohne daß der geringste Preisaufschlag vor sich geht. Und so wie es beim Zement ist — Sie brauchen sich bloß das alte Zollgesetz anzusehen und mit der gegenwärtigen Vorlage zu vergleichen —, sieht es überall aus. Überall in der Welt haben die Nachbarstaaten um uns herum wie auch die Überseestaaten einen weitaus höheren Zollschatz für ihre Produkte eingeführt, und Österreich geht in keinem einzigen Artikel, der in Frage käme, voran, wie auch behauptet wurde, sondern es hinkt mühselig und erst im weiten Abstände nach. Da wurde gesagt, daß andere Artikel, wie Speisefett und Margarine, bei denen auch eine Bindungsklausel geschaffen wurde, diesen Zollschatz nicht nötig hätten, weil im Jahre 1924, als der Zoll verhandelt wurde, diese Industrie erklärte: Wir brauchen keinen Zollschatz, wir können die Weltmarktpreise in Österreich halten. Ja, aber damals war das Verhältnis so, daß zum Beispiel an Pflanzenfett im Inland ebensoviel konsumiert wurde, als diese Industrie im Ausland absetzte. 300 Waggon Inlandkonsum, 300 Waggon Absatz ins Ausland. Ja, bei einem derartigen Export bedurfte die Industrie keines Schutzes, da konnte sie schutzlos der Konkurrenz auf dem Weltmarkte die Stirne bieten. Inzwischen hat sich aber der Export verringert und ist abgebrochen, weil die Nachbarstaaten einer nach dem andern unübersteigliche Zollschränken aufrichteten und gleichzeitig eine Pflanzenfettindustrie in ihrem Lande einführten. Die Ausfuhr ist von 300 Waggon im Jahre 1924 auf 56 Waggon im Jahre 1926 zurückgegangen. Daher ist der Rückgang der Produktion ein derartiger, daß sie die vorhandenen Anlagen nicht mehr vollkommen, sondern nur teilweise beschäftigt. Infolgedessen sind die Produktionskosten gestiegen, und man muß daher befürchten, daß die ausländische Industrie mit ihren Dumpingpreisen nach Österreich hereinkommt. Vorläufig ist ja der Absatz der ausländischen Speisefette noch ein geringer, aber immerhin besteht die Drohung, daß Einfürche der auswärtigen Produkte zu uns stattfinden. Und wenn sie stattfinden, dann ist eben die Produktion nicht mehr aufrechtzuerhalten. Deshalb soll auch keine Verteuerung erfolgen, sondern nur der inländische Markt für die Produktion bewahrt werden.

Nun wird eingewendet, daß ein Zoll nur oft für eine einzige Firma gemacht wird. Meine Damen und Herren, wir sind ein kleines Land, wir haben eine kleine Industrie, und da kann es schon vorkommen, daß ein Artikel nur von einer Firma erzeugt wird. Gewiß! Das ist aber kein Unglück, und das ist kein Argument gegen den Zoll. Im übrigen wurden als ein solcher Artikel, bei dem angeblich der Zoll bloß für eine Firma gemacht wird, die Feinmesserschmiedewaren angeführt. Das stimmt nicht. Bei den Feinmesserschmiedewaren sind in Oberösterreich, insbesondere in der Umgebung von Steyr, sechs Firmen

an der Produktion beteiligt, und diese sechs Firmen haben die Anzahl der Arbeiter, die sie im Jahre 1914 beschäftigten, auf ein Viertel reduzieren müssen. (Hört! Hört!) Es ist also ganz klar und natürlich, daß sie bestrebt sind, die Kapazität ihrer Produktionsrichtungen auszunutzen. Die Messerschmiedeindustrie ist so zurückgegangen, daß sie ohne weiteres in ihren heutigen Anlagen das Fünffache dessen erzeugen kann, was sie wirklich erzeugt. Die Anlagen sind vorhanden, die arbeitslosen Arbeiter sind auch vorhanden, es handelt sich nur darum, daß wir den Druck der Einfuhr von auswärts ein wenig eindämmen, daß wir gegen diesen Druck ein kleines Bollwerk aufrichten.

Nun wird aber gesagt: die Ledergalanteriewarenindustrie in Wien sei darauf angewiesen, daß Nagelpflegeinstrumente usw. aus dem Auslande hereinkommen. Da ist zu betonen: erstens werden diese Nagelpflegeinstrumente im Inland in tadelloser, vorzüglicher Qualität erzeugt, denn wir haben den vorzüglichen Stahl, und wir haben die vorzüglichen Arbeiter dazu. Aber im übrigen, wenn man auswärtige Instrumente braucht, so hat ja diese Industrie einen Veredelungsverkehr, sie bekommt ja diese auswärtigen Instrumente, die sie zur Ausstattung ihrer Kassetten braucht, zollfrei herein. Es ist somit ein Fehlargument, wenn man sagt, daß man der einen Industrie in diesem Falle nutzt und eine andere schädigt. Man nutzt einer Industrie und schädigt die andere nicht, und das scheint mir denn doch der richtigere Weg zu sein.

Und von den Feinblechen, für die auch ein höherer Zoll in Ansatz gebracht ist, wurde gesagt, man hat schon im Kriege versucht, Feinblech zu erzeugen, und dieser Versuch ist nicht gelungen, er wird auch jetzt nicht gelingen. Verehrte Damen und Herren! Im Krieg wurde so ein Versuch gemacht unter den Verhältnissen des Krieges mit schlechtem Material, mit schlechten Einrichtungen, wie halt im Krieg überhaupt derartige Versuche gemacht wurden, und da ist der Versuch mißglückt. Aber sollen gerade wir in Österreich, die wir den vorzüglichsten Stahl der Welt haben, die wir das beste Eisen der Welt haben, die wir in der ganzen Welt bekannte und anerkannte Eisenarbeiter haben, vorzügliche Arbeiter, sollen gerade wir nicht in der Lage sein, ein so gutes Feinblech zu erzeugen wie etwa die Tschechen? Wer würde denn das glauben? Und nun ist eine Einrichtung geschaffen worden, die das Modernste des Modernen ist. Niemand schafft eine Einrichtung und steckt Geld hinein, wenn ihm nicht wenigstens in Aussicht gestellt wird, daß er dann, wenn die Produktion anfangen wird, auch einen Zoll hat, damit er nicht dem Dumping, der Unterbietung des Auslandes ausgesetzt ist. Daher wird hier ein Zoll beantragt, aber gleichzeitig wird dieses Produkt unter den Artikel 3 des Zollgesetzes gestellt, welcher ausdrücklich sagt, daß die Regierung mit Zustimmung des Hauptausschusses erst den

Zeitpunkt bestimmen wird, von wann an der Zoll zu gelten hat. Der Zeitpunkt wird dann gekommen sein, wenn diese Werke den Nachweis geliefert haben, daß sie tadelloses und preiswertes Feinblech zu erzeugen imstande sind.

Und vom Harzzoll wurde hier erzählt, daß angeblich die mächtige Papierindustrie die Harzer und Bacher durch Drohungen einzuschüchtern versuchte. Ich will auf diesen viel erörterten Gegenstand nicht übermäßig weit eingehen, aber ich bitte, sich zu vergegenwärtigen, der bisherige Zoll ist 4 Goldkronen, und er wird jetzt auf 10 Goldkronen erhöht, das ist das Zweieinhalbfache, 250 Prozent Zollerhöhung. Der Zoll wird jetzt ungefähr 20 und über 20 Prozent des Wertes betragen, und dabei handelt es sich nicht um ein Fertigprodukt, sondern um ein Rohprodukt, das mit 20 und über 20 Prozent des Wertes belegt wird. (*Schiegl: Und der Weltmarktpreis?*) Ist ungefähr 80 oder 75 S, und Sie bekommen jetzt 15 S Zollschutz, das ist, wie gesagt, bei 75 ungefähr 20 Prozent, es wird aber auch bei 70 verkauft. Gewiß, den Bachern, den Harzern, die unter sehr schweren Bedingungen arbeiten, die unter dem ungeheuren Preissturz ihrer Artikel in den letzten Jahren zu leiden haben, soll geholfen werden. Aber ist eine Erhöhung auf das Zweieinhalbfache von 4 auf 10 Goldkronen nichts? Und da wurde dann vereinbart, in einem eigenen Protokoll zwischen diesen beiderseitigen Erzeugern, den Harzern auf der einen und den Harzverbrauchern auf der anderen Seite — das ist nicht nur die Papierindustrie, sondern auch die Schuhcremeindustrie, die Lackindustrie und dann natürlich auch die Papierindustrie —, daß dieser hohe Zoll nur so lange gelten soll, als die niedrigen Preise gelten. Wenn höhere Preise kämen, würden sich die Harzer einverstanden erklären, daß der Zoll herabgesetzt wird. Daher wird auch diese Zollposition unter die Positionen des Artikels 3 eingereiht. Auch da ist dann ein Weg gefunden und ein Ergebnis erzielt worden, mit dem beide Teile zufrieden sein können.

Und nun, meine Herren, wird aber mit einem besonderen Nachdruck von der verehrten Opposition die Lohnfrage in den Vordergrund gestellt und darauf hingewiesen, was denn geschehen soll, wenn alle die düsteren Prophezeiungen über die ungeheuren Verteuerungen sich bewahrheiten sollten. Ich glaube, schon ausgeführt zu haben, daß diese Befürchtungen unbegründet sind, daß es nicht so steht, wie die Opposition sagt. Blicken wir doch in die Vergangenheit! Was hat sich denn seit 1924 ereignet? Seit 1924, wo wir überhaupt erst einen Zoll bekamen, haben sich die Lebenskosten laut offiziellen amtlichen Ausweisen ungefähr um 3 Prozent gesteigert, die Löhne dagegen steigerten sich zwischen 10 und 24 Prozent. Die schwer bedrängte, unter den ungünstigsten Voraussetzungen arbeitende Industrie hat daher bis

zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit die Lohnforderungen befriedigt. Natürlich ist dafür eine Grenze gesetzt: die Grenze ist die Leistungsfähigkeit der Industrie. Gerade die Leistungsfähigkeit der Industrie wollen wir heben, diese Leistungsfähigkeit kann aber auch bei der Lohnfrage niemals überschritten werden.

Meine verehrten Herren! Es wird fortwährend geschrien, es brennt, es brennt, Feuer! Feuer! Und es brennt doch noch gar nicht! Es wird doch nur prophezeit, daß es einmal brennen könnte. Trotzdem hören wir: Feuer! Feuer! Ja, wer ruft denn Feuer? Derjenige, der es nicht erwarten kann, daß das Feuer ausbricht. Ein solcher gerät aber leicht in den Verdacht, der Brandstifter zu sein. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Während vorstehender Rede hat Präsident Miklas den Vorsitz übernommen.*)

Abram: Hohes Haus! Der Herr Minister Dr. Schürff hat gestern die Kritik der Frau Abg. Freundlich mit einer unwiseigen Geste abzutun versucht, als sie erklärte, das Handelsministerium habe bei Wahrnehmung der Interessen der Städte und der Aufgaben seines Ressorts nicht die nötige Sorgfalt walten lassen. Verehrter Herr Dr. Schürff, so mit einer etwas überheblichen Geste ist dieser Vorwurf nicht abzutun. Ich werde Ihnen an zwei Beispielen zeigen, daß das Handelsministerium während des Werdeganges dieses Zolltarifs nicht sehr auf der Hut war, die Aufgaben zu erfüllen, die es ressortmäßig zu erfüllen hat. Wir haben in den westalpinen Gebieten in der jüngsten Zeit die Möglichkeit, einen Artikel auszuführen, der nichts kostet, wenn die Betriebsanlagen erstellt sind, das sind die erzeugten Wasserkräfte. Dergestalt werden schon viele tausende Wasserkräfte nach Bayern verkauft. Viel größere Projekte stehen zur Diskussion. Sie können aber nur dann ausgeführt werden, wenn die Erstellung dieser Werke ein Bestimmtes kostet. Der größte Teil des Aufwandes bei Erstellung dieser Kraftwerke sind die Löhne. Da ist nun die Frage, wie die Arbeiter entschädigt werden müssen, um eine verteuerte Lebenshaltung ausgleichen zu können, von größter Wichtigkeit. Wir sollten in der nächsten Zeit das größte Kraftwerk von Österreich ausbauen, durch die Ausnutzung der Lech, durch Höherlegung des Plansees sollten wir die Möglichkeit bekommen, über 400.000 Pferdekkräfte an die westdeutsche Industrie abzugeben. Das Werk erfordert eine Bauzeit von sechs Jahren und würde nicht weniger als 6000 Arbeiter in dieser Zeit beschäftigen. Das Werk sollte in dem ärmsten Bezirk in Tirol, in Außerfern, erstellt werden. Ein anderes Kraftwerk, das in Diskussion steht, ist die Ableitung des Inn durch einen Tunnel im oberen Inntal von Bruch nach Imst, das Kontinentalwerk, der Inn sollte, mit der Ötztaler Ache verbunden, zu einem Kraftwerk ausgenutzt werden, das dann 90.000 Pferdekkräfte ergeben würde. Ich will Sie mit der Aufzählung dieser Pläne

nicht allzulange aufhalten. Aber daß die Erstellung dieser Kraftwerke eine der Voraussetzungen ist, daß wir uns selbst erholen können, dazu bedarf es keiner langen Begründung. Sie wissen aber von den Anstrengungen der Industrie, die die Dampfmaschinen baut, und den Kostenvergleichen, die bei der Erstellung der Wasserkraftwerke gezogen werden. Es wäre also eine Aufgabe des Handelsministeriums gewesen, bei der gesamten Beratung der Zollvorlage unseren bauerlichen Vertretern, besonders denen der westalpinen Gebiete, zu sagen, daß die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten und Verdienstmöglichkeit für weite Gebietsteile ungleich wichtiger ist als Zollerhöhungen.

Noch wichtiger ist aber, verehrter Herr Dr. Schürff, eine Aufgabe, die in Ihr Ressort fällt, die Förderung des Fremdenverkehrs. Wir stehen nach der Kriegszeit vor der Tatsache, von Staaten umgeben zu sein, von denen jeder einzelne sich bemüht, eine Industrie zu schaffen und uns, den kleinen Staat Österreich, auszuschalten. Aber eines können sie uns nicht wegtragen und nicht nehmen, das ist unser westalpines Gebiet, Steiermark, Kärnten, Tirol, Salzburg, Vorarlberg, Oberösterreich. Wenn wir nun den Fremdenverkehr in diese Gebietsteile und nicht zuletzt in die Stadt Wien bewußt fördern, so strömt eine Summe von Auslandskapital in unseren Staat, und wir gewinnen die Möglichkeit, den Zinsfuß des eigenen Kapitals herabzudrücken, und schaffen dadurch erst die Voraussetzung, daß mehr adaptiert und gebaut werden kann, daß wir wirtschaftlich hochkommen. Nun ist es jedem einzelnen, jedem Abgeordneten, gleichgültig, welcher Partei er angehört, klar, daß der Fremdenverkehr nicht mehr eine umstrittene Domäne unserer westalpinen Gebiete ist, daß die Leute wohl mit großer Freude in die Alpen gehen, daß aber der Zug der Menschen immer mehr ins Weite geht und sie nicht bei uns stehen bleiben. Als wir junge Leute waren, hörten wir das Loblied von der Hinterbrühl — die Wiener Genossen werden das besser wissen —, es war die Auffassung, man geht aus der Stadt heraus, zu Beethovens Zeiten nach Döbling und Baden, als das Bürgertum in Wien durch das Anwachsen der Riesenstadt vermögende Leute schuf, ging man bis auf den Semmering.

Später, mit dem Werden des Wohlstandes, ging man nach Ischl — alle kaiserlichen Räte, noch mehr aber solche, die es werden wollten, gingen dort hin. Das war früher so der Begriff Fremdenverkehr. Mit der Eröffnung der westalpinen Bahnlinien ging man dann weiter nach Tirol und bis zum Bodensee. Heute ist der Menschen Sinn durch den Krieg viel weiter gestreckt, die Leute wollen ans Meer, wollen dorthin und dahin, und es ist nun eine sehr große Frage geworden, was das Leben für die Fremden in den einzelnen Ländern kostet. Und da

müssen wir uns vor Augen halten, was sich in den letzten Jahren vollzogen hat. Früher waren zum Beispiel Nizza, Cannes, Mentone, ausschließlich Städte für reiche Leute, wohin sie während der Wintermonate gegangen sind. Seit einigen Jahren, seit dem Sturz des Franken, finden im Sommer Völkerwanderungen in diese Gegenden — Monte Carlo, Cannes, Mentone usw. — statt, weil die französischen Hotelbesitzer oder die Hotelbesitzer aller Herren Länder, die dort ihr Gewerbe ausüben, sich sagen: Wenn man im Winter die reichen Leute aus allen Nationen schröpfen kann, so ist es eine wohl-tätige Zubeiße, im Sommer die minder Zahlungsfähigen zur Verzinsung der Hotel- und der ganzen Betriebsanlagen heranzuziehen. Daher gehen sie mit den Preisen, die sehr wohl mit den Preisen in unseren Gasthöfen in den Alpenländern konkurrieren können, stellenweise herunter. Dasselbe bemüht sich Italien zu tun. Ich nenne nur ein paar Namen: Cattolica, Rimini, Rapallo und wie sie alle heißen mögen. Italien bemüht sich, die Leute dorthin zu ziehen, es gibt ihnen Retourkarten gratis. Dasselbe macht Jugoslawien für seine Meeresgebiete. Wir sehen auf weiter Flur einen Wettbewerb um die Reisenden. Das Recht auf den Fremdenverkehr haben nicht mehr die Alpenländer allein, wie es eineinhalb Jahrzehnte lang geschienen hat. Und nun kommen wir auf ein wichtiges Kapitel. Während die Hotels an der französischen Riviera und zum Teil auch an den italienischen Meeresküsten erstklassig eingerichtet sind, konnten die allerwenigsten österreichischen Gasthofbesitzer und Hoteliere in der Modernisierung ihrer Betriebe und in der Erfüllung der Ansprüche des reisenden Publikums mitkommen. Wir haben in den fünf westalpinen Gebieten, die ich aufgezählt habe, ganz wenige erstklassige Hotels. Wir haben ja während der vier Jahre des Krieges nichts schaffen können. Es konnte auch in der Zeit nach dem Kriege, während der Inflation, nichts zugeschaft werden. Eine Zeitlang haben unsere Hoteliere sowie die oberbayerischen den Charakter der Geldentwertung nicht verstanden. Man hat während der Saison mehr weggegeben, als man wieder einschaffen konnte. Sehr viele Hoteliere in Tirol, in Salzburg, in Kärnten und in Vorarlberg besaßen am Ende der Saison weniger, als sie zu Beginn der Saison an Vermögen besessen hatten. Das Geld ist wie Birkenlaub zerronnen, und wenn im Herbst die Rechnungen der Handwerker bezahlt werden mußten, hat sich herausgestellt, daß sie nur sehr strapazierte Wäsche und einen verminderten Eigentumswert in ihren Hoteleinrichtungen hatten. Diese Einbuße von vielen Jahren Verlustarbeit ist nun schwer hereinzubringen. Daher ist es unserer Hotelindustrie außerordentlich erschwert, sich zu modernisieren und den Konkurrenzkampf mit den aufgezählten Gebietsteilen fremder Staaten auszuhalten.

Es bleibt als Schlußfolgerung, daß wir unseren Fremdenverkehr nur zu behaupten vermögen, wenn wir die Masse des Publikums, die reisenden deutschen Beamten, die Urlaub besitzenden deutschen Arbeiter, all die kleinen Leute in Österreich, festzuhalten vermögen. Die Leute zählen in Kuffstein, Garmisch, in Salzburg, in Bregenz, in Schärding, ihre Groschen, teilen sich's genau ein, und wenn es anderswo außerhalb Österreichs ein bißchen billiger ist, durchfahren sie unsere Gebietsteile und gehen anderswo hin. Daher ist es außerordentlich wichtig, daß wir nicht ein zu teneres Land sind, daß wir Hotelpreise haben, die sich die Masse der reichsdeutschen Touristen erlauben darf, und daher ist jede Erhöhung unserer Lebensmittelpreise in dem Stadium der langsamen Erholung unserer Volkswirtschaft in Österreich falsch und schädlich für die Haupteinnahmequelle, die wir haben, für die wir kein Rohmaterial brauchen und die für uns am ergiebigsten ist. Ich wundere mich, daß Herr Dr. Schürff bei seiner kurzen Erwiderung erkennen ließ, daß über diese Frage während der ganzen Verhandlungen nichts geredet wurde.

Dann brauchen wir noch — das geht ebenfalls Herrn Dr. Schürff an — zur Förderung des Fremdenverkehrs unbedingt andere Straßen. Es ist ja mancherlei geschehen, was meine engere Heimat Tirol im Auslande berühmt gemacht hat, so zum Beispiel wurde die Verordnung erlassen, daß Frauenbadhofen bis zum Knöchel reichen müssen. Das allein ist aber doch zu wenig, um viel Anreiz dafür zu bieten, daß die Fremden hereinkommen. Man muß im Zeitalter des Automobils auch mit dem Automobil hereinkommen können. Unsere Straßen aber, Herr Minister Schürff, befinden sich in einem so elenden Zustand, daß im Auslande eine Warnung nach der anderen vor diesen Straßen ergeht und daß die Leute, die zahlungsfähiger wären, in weitem Bogen über die Schweiz unserem Lande aus dem Wege gehen. Wenn wir da ansetzen, wenn wir also die Straßen verbessern und den Fremdenverkehr im ganzen fördern, dann werden die Kinder der Kleinbauern in dieser Industrie eine Beschäftigung finden. Für den Kleinbauer der Alpenländer ist nicht die Frage, ob er für das Stückvieh um so viel mehr bekommt, das wichtigste — er hat nicht viel zu verkaufen, wir haben es gestern aus dem Munde eines Oberkärntner Abgeordneten gehört, der die Verkaufsmöglichkeit mit zwei Stück pro Jahr angegeben hat, ich lasse einen Kleinbauer das aussprechen —, die Frage, was der Bauer für so ein Stück Vieh mehr bekommt, ist nicht die primäre für die Lebenshaltung der Kleinbauern der Alpenländer, sondern weitaus wichtiger ist die Frage: Wohin mit den weichen Kindern, wohin mit jenen, die, wenn sie 14 oder 16 Jahre alt werden, aus dem Elternhause weg müssen, weil der Bauernhof mit seiner

Bodenbeschaffenheit und seiner Ertragsmöglichkeit eine größere Familie nicht zu erhalten vermag? Dafür, wie es um die Erhaltungsmöglichkeit einer größeren Familie beim Kleinbauer in den westalpinen Gebieten bestellt ist, gibt es keinen drastischeren Beweis, als wenn die Herren sich die Mühe nehmen würden, am 28. Oktober, also in wenigen Tagen, nach Friedrichshafen am Bodensee zu fahren, wo die Tiroler Kleinbauernkinder in Rudeln von jenen Plätzen zusammengetrieben werden, in denen sie während der Sommermonate im Algäu, im Badischen und Württembergischen verdingt, richtiger oft verkauft, waren. Wir haben einen ungeheuren Überschuß an Arbeitskräften bei diesen kleinen Bauern der westalpinen Gebiete, und für diese Arbeit und Verdienstmöglichkeit zu schaffen, sie durch den Fremdenverkehr in der Hotellerie oder bei Straßenbauten im Baugewerbe zu beschäftigen als Zuschußverdiener zu dem bescheidenen Bodenertrag, das ist die primäre Frage, wogegen die ganze Frage, ob sie für das Stück Vieh mehr oder weniger bekommen, ziemlich weit zurücksteht. Und diese ganzen Leute in den westalpinen Fremdenverkehrsgebieten zahlen den erhöhten Mehlozoll mit, weil sie ja nicht Produzenten sind, sie zahlen die Verteuerung aller anderen Lebensmittel mit, die sie selbst zukaufen müssen. Wenn heute westalpine Bauernvertreter oder westalpine Vertreter überhaupt hier für den Zolltarif stimmen, so tun es manche bäuerlichen Vertreter wahrscheinlich deshalb, weil sie sich, bedrückt von ihren eigenen Sorgen, ein Gesamtbild über die Wirtschaft des Staates nicht machen wollen oder nicht machen können. Wenn aber Intellektuelle aus den Alpenländern für diese Zölle eintreten und dem Minister zustimmen, so haben sie kein Anrecht auf Milderungsgründe, dann sind sie entweder direkt bei der Auswahl als Kandidaten durch den hohen Klerus so fürsorglich ausgesucht worden, daß sie volkswirtschaftlich ganz junge Alphabeten sind, oder aber sie sind Knechtaturen (Zwischenrufe), die stimmen, wie der jeweilige Regierungschef es will.

Die wirtschaftliche Beurteilung der Gebiete Österreichs zwingt uns folgendes auf: Ausnutzung unserer Wasserkrafts, Förderung des Fremdenverkehrs in der Reichshauptstadt Wien sowie in den ganzen westalpinen Gebieten, Einbringung fremden, nicht zinspflichtigen Kapitals, Drückung des Zinsfußes, Förderung der Baumöglichkeit. Das sind die wichtigsten Dinge, die wir zu erfüllen haben. Das können Sie nicht durch den Zolltarif machen, den Sie beschließen wollen, sondern das müssen Sie machen, indem Sie die Verpflegungsmöglichkeit der westalpinen Bevölkerung und der Reichshauptstadt Wien — das ist der übergroße Teil der österreichischen Bevölkerung — so billig als möglich gestalten, und dann erst könnte man, in späterer Zeit, über andere Fragen des Staates reden. (Beifall.)

Berichterstatter Heintz: Hohes Haus! Auf die einzelnen Ausführungen der Herren Redner will ich nicht eingehen, weil sich eine große Anzahl der Herren mit Dingen beschäftigt, die eigentlich in keinem direkten Zusammenhang mit der Votatartvorlage stehen. Ich möchte mir am Schlusse der Generaldebatte den Vorschlag erlauben, daß wir die Spezialdebatte in folgenden 12 Gruppen abführen:

I. Gruppe: von Z. Nr. 9, Feigen, bis einschließlich Z. Nr. 48, Lebende Gewächse;

II. Gruppe: von Z. Nr. 52, Rindvieh, bis einschließlich Z. Nr. 60, Fische; ferner Z. Nr. 96, Fleisch;

III. Gruppe: von Z. Nr. 63, Milch und Rahm, bis einschließlich Z. Nr. 75, Speiseöle, samt Anmerkungen;

IV. Gruppe: von Z. Nr. 106, Obst- und Fruchtkonserven, bis einschließlich Z. Nr. 120, Terpentin;

V. Gruppe: von Z. Nr. 131, Baumwolle, bis einschließlich Z. Nr. 150, Spitzen;

VI. Gruppe: von Z. Nr. 190, Technische Artikel, bis einschließlich Z. Nr. 324, Trockenplatten, samt Anmerkungen;

VII. Gruppe: von Z. Nr. 339, Zement, samt Anmerkung, und Z. Nr. 360;

VIII. Gruppe: von Z. Nr. 369, Bleche und Platten, bis einschließlich Z. Nr. 417, Anmerkungen;

IX. Gruppe: von Z. Nr. 452, Elektrische Kohlen, und Z. Nr. 453, Formteile aus Hartgummi usw.;

X. Gruppe: von Z. Nr. 458, Fahrradbestandteile, bearbeitet, bis einschließlich Z. Nr. 483, Waagen;

XI. Gruppe: von Z. Nr. 486, Platten und Walzen, und Z. Nr. 488, Saiten;

XII. Gruppe: von Z. Nr. 502, Aluminium usw., bis Schluß (Z. Nr. 535, Rüte) und das Bundesgesetz.

Ich schlage weiters vor, daß die Abstimmung über die einzelnen Gruppen am Schlusse einer jeden Gruppe vorgenommen werde. Ich beantrage nun, in die Spezialdebatte einzugehen.

Rundschau: Hohes Haus! Der Herr Abg. Klimberger hat hier hinsichtlich der Beteiligung der Gemeinde Wien an ihren Unternehmungen Behauptungen aufgestellt, denen ich mir zu widersprechen erlaube, und er hat dann gemeint, daß meine Einwendung eine Unwahrheit sei. Ich war nun in der Lage, mir ganz kurz aus dem Rechnungsabschlusse für 1926 und aus den letzten Gemeinderatstagesordnungen einige Ziffern zusammenzustellen, die natürlich auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben.

Ich berichtige gegenüber den Ausführungen des Herrn Abg. Klimberger tatsächlich, daß die Gemeinde Wien im Jahre 1925 aus den Gaswerken 550.120 S, aus den Elektrizitätswerken 606.540 S und aus den Straßenbahnen 2.970.856 S, insgesamt 4.127.516 S (Hört! Hört!) unter dem Titel „Fürsorgeabgabe“

gezogen hat. Ich berichtige weiter tatsächlich, daß die Gemeinde Wien aus den städtischen Elektrizitätswerken im Jahre 1926 unter dem Titel „Kabelzins“ den Betrag von 2.170.518 S gezogen hat. Weiters berichtige ich tatsächlich, daß laut Rechnungsabschlusse aus dem Ertragnisse des Brauhauses der Stadt Wien im Jahre 1926 nach einer Abschreibung und einer Rücklage von 1.300.000 S den Betrag von 494.138 S an die Kassen der Gemeinde Wien abgeführt wurden, daß die Gemeinde Wien aus der „Gewista“ laut Rechnungsabschlusse für 1926 112.917 S und aus der „Wipag“ laut Rechnungsabschlusse 399.113 S gezogen hat. Ich berichtige weiter tatsächlich, daß unter dem Titel „Ausgestaltung der öffentlichen Beleuchtung, Umwandlung in elektrische Beleuchtung“ aus den Betriebsmitteln der Gaswerke am 2. August 1927 995.000 S gezogen wurden, am 23. September 1927 250.000 S, insgesamt also auf Kosten des Gaswerks für die öffentliche Beleuchtung, beziehungsweise für die Umwandlung der Gasbeleuchtung auf elektrische 1.245.000 S. (Pick: Und die Tabakregie?) Ich habe ja nicht bestritten . . . (Eldersch: Sie machen sich ja nur lächerlich! — Anhaltende Zwischenrufe. — Präsident gibt das Glockenzeichen.) Ich habe ja nicht bestritten, daß der Bund aus seinen Unternehmungen Gewinne bezieht, sondern ich berichtige tatsächlich die Behauptung, daß die Gemeinde Wien aus ihren Unternehmungen keinen Groschen bezieht. (Beifall und Händeklatschen.

— Zwischenrufe.) Unter dem Titel eines Beitrages der Elektrizitätswerke zur Elektrifizierung der öffentlichen Beleuchtung wurden laut Gemeinderatsbeschlusse vom 15. Jänner 1927 den Betriebsmitteln 770.000 S entzogen. (Anhaltende Zwischenrufe.) Insgesamt hat die Gemeinde Wien im Jahre 1926 nach den wenigen Ziffern, die ich hier angegeben habe, den Betrag von 9.318.202 S aus den städtischen Unternehmungen bezogen. (Zwischenrufe und Lärm.) In der heutigen Gemeinderatssitzung wird eine neue Schiene geöffnet, um aus den städtischen Unternehmungen Gelder in die Kassen der Gemeinde Wien fließen zu lassen: heute wird zum erstenmal im Gemeinderat beschlossen werden, daß für die Instandhaltung der öffentlichen Brücken in Wien die Straßenbahn aufzukommen hat und wird ihr für die Instandsetzung der Rotundenbrücke ein Betrag von 315.000 S aufgeschliffen. (Beifall und Händeklatschen. — Lebhaftige Zwischenrufe und Lärm.)

Damit ist die Generaldebatte beendet. Das Haus beschließt das Eingehen in die Spezialdebatte.

Es wird in die Verhandlung über die I. Gruppe: von Z. Nr. 9, Feigen, bis einschließlich Z. Nr. 48, Lebende Gewächse, eingegangen.

Berichterstatter Heintz: Meine sehr verehrten Herren! Die erste Gruppe umfaßt die Tarifpositionen 9, 23, 24, 25, 26, 31 und 48, bildet also die

sogenannte Gruppe der Getreidezölle. Wie aus den Ausführungen im Ausschuß und auch aus den Verlautbarungen in der Öffentlichkeit bekannt wurde, hat der österreichische Getreidebau seit Kriegsende eine vielversprechende Entwicklung genommen, die naturgemäß für die Deckung des Bedarfes an Brotgetreide aus der inländischen Erzeugung von großem Einfluß war. Diese Entwicklung zu sichern und zu fördern, ist ein Interesse der österreichischen Gesamtwirtschaft, das ebenso unbestritten ist wie die Tatsache, daß sich der Getreidebau und die österreichische Landwirtschaft überhaupt in einer schwierigen Lage befinden. Aus diesem Grunde hat die Regierung die vorliegenden Vorschläge in Antrag gebracht. Wesentlich ist noch die Abänderung des sogenannten gleitenden Mehlszollens in einen festen Mehlsoll. Ich glaube, daß es im Interesse der Landwirtschaft notwendig ist, diese Anträge zum Beschlusse zu erheben, und bitte um die Annahme derselben.

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Die Regierungsvorlage B. 74 wird dem Ausschuß für soziale Verwaltung zugewiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 25. Oktober 1927, 3 Uhr nachm. T. D.:

1. Fortsetzung der Verhandlung über den Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (B. 10), betr. die Dritte Zollarisnovelle (B. 71). (Spezialdebatte.)

2. Bericht des Justizauschusses über den Antrag der Abg. Sever, Richter u. Gen. (61/A), auf eine Amnestie für die Zulivorfälle (B. 69).

3. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage (B. 48), betr. das Verhältnis der land- und forstwirtschaftlichen Hauptkörperschaften zu den Bundesbehörden (B. 68).

4. Erste Lesung der Regierungsvorlage, betr. den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1928 (B. 70).

Schluß der Sitzung: 2 Uhr 45 Min. nachm.